

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1918**

282 (5.12.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-88027](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-88027)

Odenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Odenburg.

Die Odenburgische Volkszeitung (Wöchentliche Zeitung, Danner Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.30 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.68 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probennummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 21 Pfennig für die einjährige Zeitzeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restzeile 75 Pfennig. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind freitags zuvor einzuliefern. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

[Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft“ wird während der Feiertage nicht beigelegt.]

Dr. 282. | Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5, Postfachkonto: Hannover 7903. | Behta, Donnerstag, 5. Dezember 1918. | Zweiggeschäftsst. i. Odenburg: W. Varelmann, Postfachstraße 51, Fernspr. 1032. | 85. Jahrgang

Am Rand des Abgrunds.

Wir wandeln am Rande eines gähnenden Abgrundes. Unser gesamtes Wirtschaftsleben ist in angster Gefahr. Drei Revolutionen haben genügt, um unsere ganze wirtschaftliche Verfassung hatter zu demütigen und ärger zu unterwerfen, als es in 4 1/2 Kriegsjahren der Fall war. Es wäre ein Vergehen an ganzen Völkern, wollte man vor den Tatlachen die Augen verschließen. Je mehr man aber diesen Tatlachen ins Auge schaut, umso mehr erkennen wir die abgründige Tiefe der Schmach, an deren Rande wir stehen.

Wenn es so weitergeht, wie bisher, wird unsere Industrie in ein paar Wochen zum Erliegen gebracht sein. So stehen die Dingen zunächst in diejenige Industrie, von welcher die Lebenskraft der ganzen deutschen Wirtschaftspolitik ausgeht, die Textilindustrie, infolge des Fehlens der Mineralöle, die ihr durch die Besetzung Ostpreußens bis auf weiteres verschlossen sind, gar nicht umstände, einen geordneten technischen Betrieb aufrecht zu erhalten. Weiter aber ist es gerade in diesem Augenblicke, in welchem die Einparnung aller Kräfte ein Gebot der Stunde ist, eine praktische Unmöglichkeit, den Achtstundentag durchzuführen. Zu allem kommt dazu noch die von gewissen Revolutionsbehörden betriebenen bolschewistischen Umwidmungsbestrebungen in den Betrieben, die geradezu verheerend auf den Produktionsprozess wirken. Welche Fortschritte der Berliner Beispiele dazum. Einem Berliner Werke, das 40 000 Arbeiter beschäftigt, wurde anbefohlen, daß es seinen Arbeiter entläßt, solange noch für vier Stunden täglich Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist, wobei aber die vollen Löhne ausbezahlt werden sollen. Das würde für das Werk einen Aufwand von monatlich 24 Millionen Mark bedeuten, und das wäre das ganze vorhandene Aktienkapital. Bei einem anderen großen Werke, das 60 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, wurde vom Betriebsratsleiter gefordert, daß die Firma pro Kopf 1000 A. ausbezahlt. Das wären 60 Millionen Mark in Bar, die sofort zu entscheiden wären. Natürlich kann das die Firma nicht tun. Auch in anderen Betrieben geht man direkt bolschewistisch vor. Wenn, wonach die Bestrebungen zielen, der Achtstundentag oder eine noch geringere Beschäftigungsdauer bei Lohnverhörungen auf die Ertragslöhne durchgeführt werden soll, wird die Industrie keines Grades überhaupt noch imstande sein, sich aufrecht zu erhalten. Heute schon ist in der Eisenindustrie im rheinisch-westfälischen Gebiet die Lage wegen des Ausbleibens der Erze wie auch wegen der Arbeiterverweigerung katastrophal. In mehreren Werken werden wir dann vor einer unbeherrschbaren Arbeitslosigkeit stehen. Sie wird um so schmerzlicher werden, weil sie dann in eine Zeit hineinfallt, in welcher wir an Lebensmitteln so gut wie gar nichts mehr besitzen. Wir sprechen diese Dinge mit bestimmtem Herzen aus, nicht etwa um der Regierung Schwierigkeiten zu machen, wenigstens ihr der Vorwurf nicht erpart werden kann, daß sie die Dinge dem gefährlichen Ende zutreiben läßt, ohne den Mut und die Kraft zu besitzen, sich energig den gefährlichen Einmischungen unverantwortlicher Stellen zur Wehr zu setzen. Uns liegt vielmehr einzig und allein das Wohl des Volkes am Herzen, und dieses wird in Frage gestellt, wenn die bewährten Grundlagen unseres Wirtschaftslebens durch die weitere Entwicklung der in der Revolution gutgetretenen Erscheinungen unermüßelt werden.

Das kandinische Joch.

Seht haben wir den Feind im Lande und unsere armen Landsleute links des Rheines wissen jetzt, wie grauam und hart der feindliche Stiel tritt. Nicht als feiglich erodernde Arme ist der Feind über unsere Grenzen gedrungen; in kompakter Formarsch ist er unseren heimkehrenden Truppen in Abständen und Trüfen gefolgt, wie sie im Waffenstillstandsvertrage ausbedungen waren. Unten, aber nicht gefangen hat unser ruhmgeliebtes Heer das Feld geräumt und der Gegner drückt sich nicht nieder, daß er Deutschlands Wehrmacht im Kampfe niedergezwungen habe. Um so mittelbarer aber gebärdet sich der Feind jetzt unter der Wehr- und schupflosen Zivilbevölkerung, die unerbittliches, grauames Schicksal uns der feindlichen Macht zu überantworten befaßt. Wir hatten unsere Feinde um einen Waffenstillstand und um Frieden erlucht, weil wir die Hoffnung hegten, daß an die Stelle der blinden und brutalen Macht des Schmerzes Barmherzigkeit und Menschlichkeit treten würden, wir hatten als selbstverständlich angenommen, daß in der Stunde, wo nach vier-

jährigen Mühen der Nordstahl gelent wurde, auch der Grausamkeit und Willkür des menschenverachtenden Militarismus und Despotismus ein Ende gesetzt würde. Unsere Hoffnung wird bitter enttäuscht. Der haterfüllte Franose hat seine schwarzen Horden auf Deutschlands Frauen und Mädchen losgelassen und ein Schrei des Jornes und Leides mit ohnmächtiger Mut peilt durch das ganze deutsche Volk und muß Wiederhol finden, wo immer nur weisse Männer liegen, die noch ein Gefühl für die Schandung unserer Reiche haben. Und der Besieger ist hingegangen und fordert von jedem deutschen Manne, der sich in seinem Machterreich aufhält, daß er beim Vorübergehen eines belagerten Offiziers den Hut in die Hand nehme und vom Bürgerkrieg herunterstehe. Schmach über den Mann, der sich soch Gebot soar noch unter Androhung des Erstickens erlassen hat! Schmach über den Mann, und mag es sein noch so höhlich entgegengehalten werden, daß deutsche Offiziere im beglückten Polen dieselbe Forderung an die Zivilbevölkerung gestellt haben.

Daß auch von deutscher militärischer Seite je solch ein ungehörliches Verlangen gestellt worden ist, wird im deutschen Volke erst jetzt bekannt und mit wachsender Erbitterung erkannt es, wie jämmerlich der abgetane Militarismus sich doch häufig gebärdet hat. Immerhin besteht zwischen dem deutschen Gutsbesitzer in einigen polnischen Dörfern und der verblühten Verordnung belagerten Offiziers in rheinischen Städten ein beträchtlicher Unterschied. In Polen sind deutsch-feindliche Elemente sich bauernd aufzufinden bewiesen; im Rheinland ist es als reiner Raubakt ohne jede tatsächliche Notwendigkeit ergangen. Das ist es ja gerade, was uns das Vorgehen der Feinde im besetzten Gebiete so bitter schwer empfinden läßt und im deutschen Volks Gemüte wach ruft, die der Herstellung eines wahrhaften und dauernden Friedens sicherlich nicht förderlich sind. Eine Niederlage kann ein großes Mal, dessen Ehre unangefast bleibt, verwinden und ein einträchtiges Neben- und Miteinander ist, wie die Geschichte häufig lehrt, auch zwischen einem feiglichen und einem unterlegenen Volke leicht wohl möglich; aber Demäßigungen niedriger Art wird und kann ein freies und stolzes Volk niemals vergessen und die Schande unserer Töchter und die Schmach unserer Söhne muß und wird an der Seele des deutschen Volkes anhaften. Wollen unsere Feinde dem darauf ausgeben, den schmerzlichen Wirkungen dieser Krieg milde werden, so müssen wir, zu verewigen, wollen sie das deutsche Volk, das in seiner Selbstbestimmung allzusehr von sich gemoren hat, in es unglücklich geführt hat, in seiner eben erst gemommenen Freiheit zum Sklaven widerstandlos Verwendlich machen? Nach hien wir, daß sich o-a im Feindes Lager Mann finden, die ein Gefühl dafür haben, daß mit der jetzt von Franzosen und Belgiern betriebenen Raubpolitik kein Westfalen einbezogen werden kann. Das zersetzte und geriffene arme deutsche Volk kann wohl gebeugt und gebemütigt werden, aber das Recht auf Leben, Freiheit und Ehre kann einem 70 Millionenort nicht kritig gemacht werden.

Zur Trennung von Staat und Kirche.

Durch die Absicht des neuen Kultusministers Adolf Hoffmann, die Trennung von Staat und Kirche in Preußen durchzuführen, ist dieses Schlagwort wieder unter das Volk geschleudert und wird von vielen weitergetragen, die weder die Tragweite der Maßnahme, noch die Schwierigkeit ihrer Durchführung erkennen können. Insbesondere macht man sich, schreibt die „Friedliche Landeszeitung“, einen gar falschen Begriff von der Absichten des Staates für die Kirche, die bei der Trennung wegfallen sollen. Man stellt es so dar, als ob der Staat aus gutem Willen oder aus der Liebe der Bürger die Gebälter für die Geistlichen und die Unterhaltung für kirchliche Einrichtungen zahlen würde, zu denen er nicht verpflichtet wäre. Das ist ein großer Irrtum, wenigstens soweit es sich um die staatliche Unterhaltung der katholischen Kirche handelt. Durch die Einzählung der katholischen Kirchensteuer vor hundert Jahren hat der Staat ein solches Wankkapital sich angeeignet, daß die jährlichen Einkünfte daraus bei weitem die jährlichen Zuschüsse an die katholische Kirche übersteifen. Der Staat hat also eine rechtliche Verpflichtung, diese Gebälter usw. zu bezahlen. Er hat das aber auch damals bei Übernahme der Kirchensteuer ausdrücklich verprochen. Dazüber schweigt sich die Sozialdemokratie stets aus, und davon werden auch die Katholiken, die ihr bestimmen, nichts gewahrt.

Die katholische Kirche Deutschlands war ehemals die reichste der ganzen Christenheit gewesen. In keinem Lande war die Kirche mit so vielen Besitzungen und Rechten ausgestattet, wie im Deutschen Reiche, und trotz aller Verluste durch die Reformations und den dreißigjährigen Krieg war dieser Besitzstand zu Anfang des 19. Jahrhunderts noch sehr groß. Da kam die Säkularisation im Jahre 1803 und in den folgenden Jahren und danach die ihrer weissen Güter. Der damalige Verkauf wird auf etwa 1000 Millionen geschätzt. Das bei 3/4 Prozent macht einen Jahreszins von etwa 85 Millionen Mark. Wenn also bis vor einigen Jahren der Staat jährlich 3 Millionen der katholischen Kirche bewilligte und nach der Aufhebung der Gebälter jetzt etwa 9 Millionen in Preußen gegeben gehabt werden, so ist diese Summe nur ein Bruchteil desjenigen Einkommens, das der Staat aus den Einkünften ehemaliger Kirchengüter heute noch zieht. An einem Beispiel sei der Wert der eingezogenen Kirchengüter dargestellt. Im Jahre 1810 hatte der Staat allein in Schlesien eingezogen an Gütern (mit Ausnahme der Häuser, Hypotheken, Pausbrieven, Obligationen, Kirchenkapitalien und Stiftungskapitalien) insgesamt 14 308 000 Taler. Jetzt hat man noch die vielen Gebäude, Kirchen usw. hinzu, so kann man den Wert aus dieser einen Bilanz auf etwa 60 Millionen Mark schätzen. Berücksichtigt man, daß diese Güter wohl heute den fünffachen Wert besitzen, dann ergibt sich, daß der Staat aus den eingezogenen Kirchengütern viel mehr einnimmt, als er der katholischen Kirche wieder gibt. Besonders in den früheren Jahren, wo er nur etwa 3 Millionen jährlich an die katholische Kirche zahlte, hat er einen großen Ueberschuß gemacht.

Bei einer Trennung zwischen Staat und Kirche und Abschaffung des Kultusbudgets müßte also wenigstens das eingezogene Kirchenvermögen wieder herausgegeben werden; denn es geht nicht an, daß, wenn zwei Kompagnons ihr Geschäft aufgeben wollen, der eine den andern vor die Tür stellt und dessen mitgebrachtes Vermögen behält. Man kann aber auch nicht auf andere Länder hindeuten, die die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt haben. Frankreich kann nicht angeführt werden; denn hier ist die Kirche durch einen dreitägigen Kampf verewigt worden. Amerika ist ein ganz neu aufgebautes Staatswesen, in dem beide Körperlichkeiten von vornherein getrennt und selbständig nebeneinander aufgebaut wurden, so daß sie nun auch getrennt und selbständig funktionieren können. In Deutschland hat beide Körperlichkeiten von Anfang an aufs engste organisiert miteinander verbunden. Kirche und Staat gleichen hier zwei Menschen, die von Geburt an miteinander verbunden sind. Solche Menschen sind organisch verbunden, bedingen sich gegenseitig, so daß man nicht einfach das Messer nehmen und sie voneinander trennen kann, ohne das Leben beider zu gefährden.

Das sind so einige Gedanken, die bei der Trennung von Staat und Kirche zu berücksichtigen sind. Sie zeigen, wie unendlich schwer es ist, ihnen rein äußerlich zu einem Zustande zu kommen, der der Kirche einigermassen gerecht würde. Viel schlimmer aber sind die Folgen für den Staat, für die Familie, für Schule und Volk. Darum hat das deutsche Volk allen Grund, sich gegen Bestrebungen auf Lösung der Kirche vom Staate zur Wehr zu setzen.

War das notwendig?

War die Revolution notwendig, um dem Volk mehr Einfluß auf die Regierung zu verschaffen? Nein! Denn das Volk hatte die Regierung bereits in Händen. Seit dem 5. Oktober letzten Jahres aus dem Volke die Regierungsgeschäfte. Abgeordnete waren Staatssekretäre geworden. Es waren Männer: Gröber (Ztr.), Erberger (Ztr.), Scheibemann (Soz.), Haumann (Wp.), Tilmann (Ztr.), Müller (Soz.), Bauer (Soz.), Giesberts (Ztr.), Schmidt (Soz.), David (Soz.), Rißbed (Wp.). Damit der Reichstagskanzler selbst im Sinne des Volkes regierte, hatte der Reichstag am 26. Okt. die staatsrechtliche Verantwortung des Reichstagskanzlers beschlossen. Damit war der Reichstagskanzler, der die Verantwortung für die gesamte Regierung trug, dem Reichstag verantwortlich gemacht. Er stand und fiel mit dem Vertrauen der Reichstagsmänner.

heit. Und damit lag also tatsächlich die Regierungsgewalt in Händen der Volkswertretung. Was die wollte, hatte der Kanzler durchzuführen; tat er es nicht, so mußte er gehen und ein anderer trat an seine Stelle. Das Volk hatte also durch den Reichstag die Regierung in Händen.

Das neue Deutschland.

Eine Kundgebung des Prinzen Heinrich an die Mitglieder des königlichen Hauses. Berlin, 3. Dez. Prinz Heinrich von Preußen läßt durch die „Kreuzzeitung“ vom Herrenhaus Hemmelmarck bei Ebernburg am 1. Dezember 1918 eine Kundgebung an alle Familienmitglieder des königlich-preussischen Hauses mitteilen, in der es heißt: Als Senator der zur Zeit in Preußen und im Reiche wohnhaften Mitglieder des preussischen Königshauses erkläre ich hiermit, daß trotz der Neuordnung im Reiche und in Preußen, welche ich unter dem Druck der Verhältnisse anzuerkennen muß, ich bestritt sein werde, einer geordneten, gesetz- und verfassungsmäßigen Regierung zur Erlangung erträglicher Verhältnisse zu wehnen, daß ich aber andererseits bis an mein Lebensende mich persönlich an die Person unseres Königs gebunden erachte, alles tun werde, was in meinen Kräften steht, um Schaden von ihm abzuwenden, ihn als alleiniges Familienoberhaupt reiflos anerkenne. An dem ich diesen meinen Standpunkt allen Mitgliedern des königlich-preussischen Hauses zur Kenntnis bringe, erhoffe ich von diesem eine gleiche Gesinnung.

Prinz Adalbert von Preußen an Ebert.

WTB Berlin, 5. Dez. (Draht.) Wie Prinz Adalbert von Preußen der Kreuzzeitung mitteilt, hat er sich am 30. November durch ein Telegramm an den Reichspräsidenten Ebert zur Verfürgung der jetzigen Reichsregierung gestellt. Im Gegensaß zu den Ausführungen des Prinzen Heinrich steht er allein in ihr die Dringlichkeit, die mit all seinen Kräften zu unterstützen er für seine vornehmste Pflicht erachtet.

Die Abbanlung des Kronprinzen.

WTB Berlin, 5. Dez. (Draht.) Wie ein Gemeinmann der „Deutschen Allg. Ztg.“ erklärt, ist die Abbanlungsurkunde des Kronprinzen nunmehr unterzeichnet worden.

Eine neue Demonstration in München.

WTB München, 5. Dez. (Draht.) Vor dem Ministerium des Innern am Promenadenplatz fand gestern mittag eine Demonstration statt. Eine Plonierabordnung begab sich zum Ministerpräsidenten, der sie im Beisein des Gesamtministeriums empfing. Der Sprecher, der erklärte, daß hinter den Demonstranten die gesamte Münchener Garnison stehe, forderte das Ministerium auf, um antirevolutionäre Propaganda unmöglich zu machen, sofort den Termin der Nationalversammlung für den Volksstaat Bayern bekannt zu machen. Ministerpräsident Ebert versicherte, daß in den nächsten Tagen bereits der Termin für die Nationalversammlung dem Volke bekannt gegeben werde.

Die Einberufung des Reichstags.

forderte die deutsche demokratische Partei in Hamburg in einem Telegramm an die Regierung, mit der allseitigen Tagesordnung: Legalisierung des bestehenden Zustandes und Bestätigung der bestehenden Regierung. Die Eingabe wird begründet mit der drohenden Gefahr, die sich daraus ergibt, daß die feindlichen Mächte unsere Regierung bisher nicht anerkannt haben und eine weitere Besetzung deutschen Gebietes nicht möglich ist. Die Reichsregierung dürfe sich nicht auf die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die unter Verzicht weiter Volkstreu gebildet worden seien, verlassen. Es kommen noch andere Gefahren, z. B. auch unsere Finanzwirtschaft, in Betracht, wenn nicht schleunigst geeignete Zustände geschaffen werden.

Ein weiterer Protest des Reichstagspräsidenten.

WTB Freiburg, 4. Dez. Der Reichstagspräsident Reichelbach antwortete auf das Telegramm der Reichsleitung folgendes: Auf Grund der Revolution können Sie sich für ermächtigt halten, den Reichstag aufzulösen. Ich würde dagegen protestieren, aber mich füge. So lange Sie ihn aber nicht auflösen, sind Sie trotz der Revolution an die für ihn geltenden gesetz-

nen Bestimmungen gebunden. Nach Ihrer Rechtsauffassung können Sie ebenso gut über beliebige Bestimmungen des Gefehls oder der Prozeßordnung sich hinwegsetzen. Ihr Vorgehen bedeutet eine gefährliche Willkürherrschaft; dagegen protestiere ich.

In ihrem Telegramm an den Reichstagspräsidenten Schenk von 3. Dezember erklärt die derzeitige Reichsregierung Ober-Saale frühweg. Alle Zivil- und Militärbehörden erkennen mit Recht an, daß die gegenseitige Gewalt beim Rat der Volksbeauftragten ruht. Es ist geradezu unerhört, daß die Herren Ehrert und Saale mit ihrem „Rat der Volksbeauftragten“ einen derartigen Geh aufsuchen wollen, und keine Entscheidung fassen zu groß sein, um gegen ihn Verwahrung einzulegen. Mit solchen Gewaltsprüchen soll jetzt das deutsche Volk geblüht werden, damit es sich die gegenwärtige so höchst eigenartige Reichsregierung ruhig weiter gefallen läßt, bis es sich an das neue autoritative und diktatorische Joch der Berliner Herren gewöhnt hat und sich selbst einredet, dieses Joch gebühre ihm von Rechts wegen.

Aber nein! Sowie sind wir in Deutschland denn doch noch nicht. Wir müssen jetzt vieles und schweres ertragen, aber das ertragen wir nun doch nicht mit Stillschwigen, daß die Herren Berliner sich einfach hintereinander die volle Staatsmacht in Verwahrung und sogar Gefebgebung anmaßen. Wir müssen sie ertragen als eine interimistische Behörde, welche einstweilen die Verwaltung des Staates führt. Als solche nehmen alle Zivil- und Militärbehörden ihre Anordnungen hin und führen sie aus. Aber über den Bereich der notwendigen und unaufschiebbaren Verwaltungsmassregeln hat noch niemand, am wenigsten eine der bisherigen Zivil- und Militärbehörden irgend eine Kompetenz der Berliner anerkannt. Das wäre doch noch schöner, wenn wir jetzt eine gefebgebende Gewalt anerkennen sollten, welche von einer Handvoll Berliner Sozialdemokraten ohne jede Mitwirkung einer Volksvertretung geleitet wird. Wo nehmen diese Herren eigentlich die Stühheit her, sich als Rat der Volksbeauftragten zu bezeichnen? Welches „Volk“ hat sie denn gewählt und befehligt? Sie sind nichts als ein Parteienklub der Berliner sozialdemokratischen Partei, über dessen Berufung zu seinem Amt außerhalb der sozialdemokratischen Partei nicht das mindeste bekannt ist. Wenn die anderen Parteien geneigt wären, sie zu unterstützen, insofern sie sich bemühen Ruhe und Ordnung zu erhalten, so ist das natürlich noch längst keine Anerkennung ihrer Gefebmächtigkeit. Und diese „Volksbeauftragten“ waren es, die einzige wirksame zu Recht bestehende Volksvertretung, den Deutschen Reichstag, einfach beiseite zu schieben, das deutsche Volk zu mundtot zu machen und dann auf eigene Faust autoritativ und diktatorisch zu regieren.

Es ist die allerhöchste Zeit, daß da Wandel geschaffen wird. Vor allem aber muß den Herren Berlinern bei jeder Gelegenheit ins Gesicht gesagt werden: Ihr habt nicht die geringste gefebgebende Gewalt! Alle eure willkürlichen Eingriffe in die Gefebgebung sind null und nichtig, und niemals wird das deutsche Volk deren Gültigkeit anerkennen! Keine Zivil- oder Militärbehörde hat jemals eine solche Gewalt anerkannt, und niemals wird es geschehen. Also Hände weg wenigstens vom dem Gebiete der Gefebgebung! Denn daund läßt das Volk sich nicht ausfallen, und sobald es wieder zu Worte kommt, wird es selbst entscheiden, wie die Dinge im deutschen Vaterland geregelt werden sollen.

Arbeitslosen demonstration in Berlin.
TU Berlin, 4. Dez. Am Abgeordnetenhaus, wo der Volksgutrat seinen Sitz hat, fand sich heute eine größere Anzahl von der front zurückgekehrten Soldaten ein, die Arbeit zu erlangen hoffen. Die Versammelten gerieten in Erregung, die sich in stürmischen Rufen äußerte. Ruch und nach beruhigten sich die Arbeitslosen und zogen ab.

Die Einberufung der bayrischen Nationalversammlung.

TU Augsburg, 3. Dez. Wie die „Abendzeitung“ erfährt, wird die vorläufige bayrische Nationalversammlung für den 9. Dezember einberufen werden. Die Stände, die den Soldaten, Arbeitern und Bauern nicht angehören, sollen in diesem Parlament 70 Sitze erhalten.

Wahlordnung zur württembergischen Landesversammlung.

WTB Stuttgart, 4. Dez. Der Staatsanzeiger veröffentlicht in seiner heutigen Nummer eine Wahlordnung, für die verfassunggebende württembergische Landesversammlung. Zu ihr müssen 150 Abgeordnete in einem Wahlgange für das ganze einen einheitlichen Bezirk bildende Land auf dem Wege der Verhältniswahl gewählt werden. Die Wahlordnung findet im ganzen Lande am 26. Januar statt.

Einberufung des preussischen Abgeordnetenhauses?

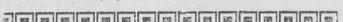
Berlin, 4. Dez. Der fortwährende Abgeordnete, Oberbürgermeister Voßmann-Kattowitz, hat an den ersten Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Dr. Borßch, den Antrag gestellt, das Abgeordnetenhaus sofort einzuberufen. Als besonderen Grund führt er an die drohende Trennung einzelner Landesteile von Preußen und die notwendige Reorganisation der politischen Parteien. Hierzu bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“, daß das Abgeordnetenhaus rechtlich als verfallend gilt, es also nur der Anberaumung einer Sitzung bedarf. Gegen die Anregung Oberbürgermeisters Voßmann kann der erste Vizepräsident Dr. Borßch, der nach dem Tode des Präsidenten Grafen Schwerin-

witz die Geschäfte des Abgeordnetenhauses führt, nichts einwenden. Er hat selbst bei der Regierung durch eine eingeleitete Verwahrung die Auflösung des Abgeordnetenhauses für ungültig erklärt. Von zahlreichen Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien ist Einspruch gegen die Auflösung des Hauses erhoben worden. Die Verfassung des preussischen Staates besteht zu Recht.

Blinderungen in Köln.

Köln, 4. Dez. Die hier vorgenommenen Blinderungen nehmen einen derartig bedrohlichen Charakter an, daß der Volkswohlfahrtsausschuß beschloß, umfassende Vorsichtsmaßnahmen zu treffen und in rüstfahstige Weise gegen die Blinderer mit der Waffe vorzugehen. In der Hofengegend wurden sämtliche Wirtschaften geschlossen. In der vergangenen Nacht wurden an verschiedenen Stellen der Stadt die städtischen Lagerhäuser ausgeräumt. Auch eine Reihe von Läden in den Hauptstraßen der Stadt wurde ausgeraubt. Bei Zusammenstößen mit Polizei und Bürgerwehr, wobei mit Maschinengewehren geschossen wurde, gab es mehrere Tote und Verwundete.

Köln, 4. Dez. Heute mittag wurde der auf dem Weltundausstellungsgelände befindliche Herespark von einer nach Tausenden zählenden Menge erfüllt mit und ausgeatmet. Dabei kam es zu einem Kampf mit Wachmannschaften, wobei vier Personen getötet und eine Anzahl verwundet wurden.



Geld schafft Waffen für den Wahlkampf!



Zum Waffenstillstand.

Wachsende Strömung gegen Wilson?

Amsterdam, 4. Dez. Nach einer amerikanischen Meldung befaßt es sich, daß der Senat geneigt ist, dem Präsidenten einen Ausschuß nachzusenden, der über ihn eine gewisse Aufsicht ausüben soll.

Die Volksstimmung in den Vereinigten Staaten soll nach einer Times-Meldung nicht nur in republikanischen, sondern auch in demokratischen Kreisen in immer entschiedener gegen Wilson sich richten. Man wirft ihm vor, er führe die Regierung wie eine rein persönliche Angelegenheit.

Vern, 4. Dez. Die italienische Presse gibt heute unumwunden zu, daß der Zweck der Londoner Konferenz darin bestehe, eine Einigung zwischen England, Frankreich und Italien herbeizuführen, damit diese drei Mächte Wilson einseitlich gegenüberreten könnten.

Zu Wilsons Europareise.

WTB Amsterdam, 4. Dez. Reuter meldet aus New York, daß Präsident Wilson heute, Mittwoch früh, nach Europa abreiste.

WTB Amsterdam, 4. Dez. Reuter meldet aus Brüssel, daß Wilson am 12. Dezember nachmittags in Brüssel an Land gehen werde. Es werden ihm militärische Ehren erwiesen. Er wird im Namen der Regierung von Pichon, Logeas und Sarrien empfangen werden. Der Zug des Präsidenten wird um 1 Uhr morgens in Paris eintreffen.

Vorfriede in der zweiten Dezemberhälfte?

TU Zürich, 4. Dez. Nach italienischen Meldungen soll der Vorfriede in der zweiten Hälfte des Dezember unterschrieben werden. Deutschland werde keine Gelegenheit haben, die Hauptbedingungen zu diskutieren.

Brüssel als Stätte des Friedenskongresses?

TU Amsterdam, 3. Dez. In einer Presseunterredung erklärte Kardinal Mercier, er halte es für wünschenswert, die Friedenskonferenz in Brüssel abzuhalten. Er habe sich in dieser Sache an den König, an Wilson und an den Papst gewendet.

Die Knechtung Deutschlands.

Rottterdam, 4. Dez. Womar Saw sagte gestern in einer Rede: Die Regierung beabsichtigt, die Auslieferung des deutschen Kaisers zu fordern und ihn vor Gericht zu stellen. Eine der Folgen des Krieges muß sein, daß man klar zeigt, daß die Männer, die die Welt in diesen Krieg geführt haben, um selbst Vorworte zu erlangen, zur Verantwortung gezogen werden. Es ist gerecht, daß die Deutschen es bezahlen; aber man muß zuerst prüfen, wieviel sie zahlen können, ohne daß die Alliierten selbst Nachteile davon haben. Die englische Regierung hat einen Ausschuß ernannt, um diese Frage militärischlich zu untersuchen. Auch die Alliierten werden einen Ausschuß zur Prüfung dieser Frage einsetzen. Dann wird man Schritte tun können, um diese Verzögerung zu erzwingen. England ist nicht bereit, Deutsche wieder auf englischen Boden zuzulassen, und die jehine Regierung wird nicht nur die jetzt internierten Deutschen zurückzuführen, sondern auch andern Deutschen künftig nicht erlauben, nach England zu kommen.

Die Ablieferung der deutschen Flugzeuge.

Genf, 4. Dez. Der „Matin“ berichtet: Die laut Waffenstillstandsvertrag von den Deutschen abzuliefernden Flugzeuge befinden sich nun fast sämtlich in den Händen der Alliierten. Unter den Flugzeugen befinden sich einige fast ganz neue Typen, die den andern weit überlegen sind.

Unter feindlicher Besatzung.

Befehung Beckins?

Vasel, 4. Dez. Nach Erklärungen zuverlässiger Ententekreise haben die Alliierten beschloß, das Ententetruppen in Berlin ihren Zümpfplätzen halten sollen.

Der amerikanische Funkpruch Bolmar meldet unterm 29. November, daß amerikanische und alliierte Truppen vorübergehend Berlin besetzen würden, um Polizeidienste zu verrichten. Genf, 4. Dez. Der „Herold“ meldet, die Erfüllung der deutschen Waffensstillstandsvorschläge soll an Ort und Stelle kontrolliert werden. Polizei- und Kontrolltruppen der Alliierten ständen zum Einmarsch in Deutschland bereit.

Befehung der Offenden der Rheinbrücken.

TU Köln, 4. Dez. Der Vordoband beharrt darauf, daß auch die Offenden der Rheinbrücken von seinen Truppen besetzt werden, um den Verkehr zu überwachen. Doch hat sein Einverständnis damit erklärt, daß die deutschen größeren Städte nicht länger ohne Besatzung bleiben. Die Alliierten werden sofort nachrücken. Das englische Oberkommando gab Anweisungen, für Köln fünf Truppen verfügbar zu machen. Einer vom Erzbischof von Köln, Kardinal von Hartmann, ausgesprochenen Bitte um Schonung der Kirchengebäude wird entsprochen werden.

Für die deutschen Kriegsgefangenen.

WTB Berlin, 3. Dez. Das Ansehrliche Amt hat an die hiesige schweizerische Gesandtschaft eine Verbehnung gerichtet, in der den Ententealliierten, um die Lage der Zivil- und Kriegsgefangenen, die der Verzeimlung zuzuführen, zu helfen, im Interesse der Menschlichkeit folgende Vorschläge unterbreitet werden:

- 1. Sofortige Verhandlungen über die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen.
- 2. Ermächtigung für die Vertreter der Schuttmächte und der anerkannten Hilfsvereine, die deutschen Kriegsgefangenen im Operationsgebiet zu besuchen und zu unterstützen.
- 3. Zulassung freien Ankaufs von Lebensmittel für die Gefangenen.
- 4. Reichliche Versorgung mit Fett und warmer Oberbekleidung.
- 5. Tatkraftige Förderung einer geleisteten Liebesgabenversorgung von neutralen und bisher feindlichen Auslande.

Verlängerung des Waffenstillstandes?

WTB London, 4. Dez. (Draht.) Die intralliierte Konferenz besprach die Dauer des Waffenstillstandes, der wahrscheinlich verlängert werde. Die allgemeine Friedenskonferenz werde in Paris wahrscheinlich Ende Januar stattfinden.

Der Durchmarsch der Truppen durch Mitteldeutschland.

WTB Kassel, 4. Dez. (Draht.) Der Durchmarsch der Truppenteile von der Westfront durch Hessen und Waldeck ist bereits im Gange und vollzieht sich in guter Ordnung. Obwohl die Truppen keine Märsche hinter sich haben, sind sie in guter Stimmung.

Die Teufelung des Kreises Düren durch den Feind.

WTB Düren, 4. Dez. (Draht.) Zwei englische Kavallerieregimenter haben Widdigen befehlt. Sie sind im Anmarsch auf Düren. Der Kreis Düren wird 10 000 Mann Besatzung erhalten.

Einfeldung des Verfehls vom linken zum rechten Rheinufer.

WTB Köln, 4. Dez. (Draht.) Vom 5. Dez. mittags 12 Uhr ab ist der gesamte Personen- und Güterverkehr von der linken zur rechten Rheinseite gesperrt.

Aus Oesterreich-Ungarn.

Zur Internierung der Armee Madenen.

WTB Budapest, 4. Dez. (Draht.) Nach einer weiteren Meldung des ungarischen Telegraphenbureaus ist der Aufenthalt des Generalstabschefs von Madenen in Großwaiden auf etwa 4 Wochen beschränkt. Der Generalstabschef wird, sobald auf Grund der gegenwärtigen Verhandlungen mit der ungarischen Regierung eine Vereinbarung zustande gekommen ist, mit den ungarischen Behörden in Verbindung treten.

WTB Budapest, 4. Dez. (Draht.)

Generalstabschef der Armee Madenen Oberst Schwarzhoffen hat heute in Budapest die Verhandlungen über die technische Durchführbarkeit der Internierung der Madenen-Armee mit der ungarischen Regierung aufgenommen. Die Nachricht, daß der in Siebenbürgen befindliche Teil der Madenenarmee vor General Bertelot die Waffen gestreckt habe, entspricht nicht den Tatsachen.

Madenen aus Hermannstadt abgereist?

Budapest, 4. Dez. Entgegen der Meldung von der Internierung der Armee Madenen berichtet H. G. Madenen sei nicht geneigt, seine formelle Zustimmung zur Internierung seiner Armee zu geben, und habe Hermannstadt ohne Angabe seines Reiseziels verlassen.

Versehiedene Nachrichten

Gold für Kaiser Wilhelm?

TU Hamburg, 4. Dez. Wie der Vorliegende des Arbeiter- und Soldatenrats in

Hamburg geltend erklärte, ist ihm die bestimmte Kunde geworden, daß 20 Saad gemünztes Goldes des Grafen Bentinck, dem Grafgeber des Grafen, überhandt worden seien; die Sendung sei für den Kaiser bestimmt gewesen.

Kleine Nachrichten.

Frankfurt am Main wird nicht besetzt, sondern fällt in die neutrale Zone.

Stettin wurde von den Belgiern besetzt. In Köln sind die ersten englischen Wortgruppen eingesetzt.

Der Dampferverkehr auf dem Niederrhein ist von einer holländischen Gesellschaft mit sechs Schnell dampfern aufgenommen.

Hundert deutsche Bürger sind aus Straßburg ausgewiesen.

Präsident Poincare wird am Sonntag seinen Einzug in Elsaß-Lothringen halten.

Frau Wilson wird ihren Mann auf die Friedenskonferenz begleiten.

Die deutsche Nationalversammlung soll wahrscheinlich in Kassel zusammenkommen.

Die dritte Gardebataillon zog am 3. Dez. bei Koblenz über den Rhein. Die Spaltung der Truppen war ausgeglichen.

Die Kassen der Frankfurter Polizei sind durch die Bildung einer Arbeiterwehr von 1000 Mann auf monatlich 667 960 M gestiegen. Außerdem löst der WGR noch 200 000 M für den Monat.

Zu blutigen Zusammenstößen kam es zwischen Kroaten und Italienern in Zara. Man zählte zahlreiche Verwundete.

Lord Cecil vertrat dem serbischen Gesandten wegen des Vorgehens der Italiener in Fiume die nötigen Schritte zu unternehmen.

Der italienische Gesandte in der Frage der Vorherrschafft im adriatischen Meer hat schwerere Differenzen geführt. Die Blätter fordern, daß Wilson eine gerechte Lösung verjuche.

Die Schweden haben die männlichen Personen zwischen 18 und 45 Jahren mobilisiert.

Die deutsch-österreichische Regierung will die Rechnungen für sämtliche Kriegslieferungen überprüfen, da bei manchen Lieferungen 50 Prozent Gewinn erzielt wurden. Es sollen namhafte Wertschritte gemacht werden.

In Bordeaux sind nach tschechischen Blättermeldungen ungeheure Mengen von Lebensmittel und Stoffen aus Amerika für den tschechoslowakischen Staat angelangt.

Auf den politischen Abg. Korfanj wurde ein Attentat verübt. Die Kugel ging fest. Der Täter wurde verhaftet.

Alle USA. in der Pfalz haben auf Befehl der französischen Kommandanten sofort ihre Tätigkeit einzustellen, andernfalls sie in Frankreich intern werden.

Romanones wurde mit der Neubildung des spanischen Kabinetts beauftragt.

Deutsches Reich.

Adolf Hoffmann und deutscher Lehrerverein.

Sie haben sich gefunden, der Deutsche Lehrerverein und Adolf Hoffmann, der preussische Kultusminister von Volksgutrats Gnaden. Hoffmann veröffentlicht in Nr. 43 der Bäder, Ztg. vom 23. Nov. einen Leitartikel, in dem er sein Programm entwickelt. Es ist das bekannte sozialistische Schulprogramm, dessen realistische Durchföhrung nach entschließigen Aufbruch zum 1. Abg. Dr. Geh ein laufendes Gut in Preußen von 800 (1) Millionen Mark nötig gemacht werde. Aber Krupen hat's ja. Haben doch allein die WGR in Deutschland in dreimonatigen Wirtschaft 800 Millionen Mark verbraucht! Hoffmann sagt: „Die Bürgerlich für die Erhaltung und Festigung des durch die Revolution geschaffenen neuen Staates ist die Jugend. Darum werden die Reformen mit der Schule beginnen.“ Die Sozialdemokratie will also die deutsche Jugend durch die deutsche Schule geistig in ihre Hand bekommen. Das ist die politische und religiöse „Neutralität“ der Schule Hoffmannscher Art! Daher fährt er fort: „Frei von jeder Bevormundung, frei von traditioneller Gefebheitsverfälschung und frei von jeder konfessionellen Beeinflussung wird der Unterricht sein.“ „Frei von jeder Bevormundung“ ist nichts anderes als frei von jeder Erziehung. Weiterhin „gewaltfrei“ Herr Hoffmann „vollkommen Trennung von Schule und Kirche“. Wie kann er das? Doch nur dadurch, daß er kein Parlament miterschaffen läßt und einfach diktiert! Er ist ja in vollem Zuge, und nach seiner Leistung in Bezug auf die geistliche Schulaufsicht wird man ihm trotz aller Abteilungen föhlich noch mehr zutrauen dürfen. Sehr erfreut werden gewisse „Künftler“ und „Ankündiger“ über seine Ankündigung sein: „Frei von jedem Gängelbande soll sich die Kunst entfalten.“ Typisch ist auch der Satz: „Die Kirche soll ihr eigenes freies Leben führen, aber auch selbst die Lasten aufbringen, die für die Bestreitung ihrer Lebensbedürfnisse notwendig sind. Im christlichen Sinne müssen die reichen den ärmeren Gemeinden dabei zur Seite stehen.“ Natürlich sagt Hoffmann nichts von einer Rückgabe des dazu nötigen früher sakularisierten Kirchengütervermögens an die kirchlichen Gemeinschaften! Die „Pädagogische Zeitung“ aber, die dies Stimmungsbild aus Hoffmanns Schlaraffenland an leitender Stelle veröffentlicht, konstatiert dazu, daß „unabhängig von der weitgehenden Meinungen im einzelnen eine erfreuliche Übereinstimmung in großen, grundsätzlichen Fragen mit der Schulforderung des Deutschen Lehrervereins festzustellen ist: eine Meinung, die übrigen Teils in einem zweiten Aufsatze dadurch bekräftigt, daß er keine bekannten Schulpläne entwickelt, die einmal mit einem interkonfessionellen „Religions-“ oder „Moralunterricht“. In die Berliner Erziehungsdemagogen haben goldene Zeiten! Was sagt dazu das preussische Volk?

Wie Adolf Hoffmann das Andenken seiner Mutter beschmühte.

Der Abgeordnetekreuzer wird der Köln. Volkszeitung geschrieben.
Der Charakter dieses Kulturtägers im Museum für Volksbildung sei auch noch auf folgenden Vortrag hingewiesen. Der Abg. Hoffmann glaubte eines Tages, er müsse auf der Rede des Abgeordnetenkreuzers sich selbst präsentieren. Damals sagte er dem Sinne nach, seine Mutter sei eine einfache Frau gewesen aus dem Lande, wer aber sein Vater sei, das wisse er nicht; er habe aber Grund anzunehmen, daß es, auf das Zentrum zeigend, einer aus dessen Reihen sei und wahrhaftig einer mit einer Tonjur.

Unbedingte Pressefreiheit.

WTB. Berlin, 4. Dez. In letzter Zeit haben sich die Klagen über unredmütige Eingriffe in bürgerliche Zeitungsbetriebe gemehrt. In allen solchen Fällen ist von der Reichsregierung sofort eingegriffen worden. Dem daran beteiligten Arbeiter- und Soldatenkreisen ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß die Reichsregierung auf unbedingte Innehaltung der von ihr verkündeten Pressefreiheit bestohe.

Aus den Parteien.

WTB. Berlin, 4. Dez. Zwischen der Reichs- und Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei ist eine Verständigung erzielt worden, die zu dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Deutsche Demokratische Partei geführt hat.

WTB. Berlin, 4. Dez. Die „Deutsche Tageszeitung“ meldet: Der Vorstand der Deutsch-konservativen Partei nahm gestern in einmütiger folgender Entschliessung: „Der weitere Vorstand des Vereins der Deutsch-konservativen steht der in Bildung begriffenen Deutschen Nationalen Volkspartei freundlich gegenüber und hält sie für die geeignete Grundlage, um alle auf dem Boden von Recht und Ordnung stehenden deutschen Männer und Frauen zu einigen. Der Vorstand fordert die konservativen Organisationen und Parteimitglieder auf, sich der neuen Partei anzuschließen.“ Zugleich beschließt der Vorstand der konservativen Partei einen Aufruf, worin es heißt: „Die nationale Partei ist entschlossen, in der neuen Staatsform mitzuarbeiten, und wird alle Kräfte darauf verwenden, daß dem Reiche sobald als möglich ein geordnetes Staatswesen gegeben werden möge, getragen von der Mehrheit der Bürger, geleitet von der Hand einer starken zielbewußten Regierung, die unser Volk aus dem schweren Druke dieser Zeit einem Aufschwunge zuführt. In verantwortungsvollem Zusammenwirken mit anderen Parteien und im Rahmen der parlamentarischen Regierungsform hofft sie, dies Ziel erreichen zu können.“ Schließlich wird eine Reihe von Programmpunkten festgesetzt wie: Reiche deutsches Volkstum, Schutz von Privatbesitz und Erhaltung des Christentums.

Kirchliches.

Geistlichkeit und Revolution.

München, 28. Nov. In einem Schreiben an die Geistlichkeit der Erzdiözese gibt Erzbischof Dr. von Faulhaber Richtlinien an die Bischöfe der Geistlichkeit in dieser Zeit. Ohne den plötzlichen Gestimmungswechsel anderer mitzumachen, soll die Geistlichkeit Erhebungen und Wendungen, die aufregehten werden können, vermeiden. Nicht Aufrechten sollen die Predigten der nächsten Zeit werden, wohl aber gründlich und würdig die durch die politische Entwicklung bedrohten Ideale, wie Gottesglaube, religiöse Erziehung und Freiheit der Kirche behandeln. Weiter soll der Erzbischof es den Geistlichen freistehen, sich an anderer Stelle die eine S t a n d o r g a n i s a t i o n zu schaffen zur Vertretung der eigenen Standesrechte und der Rechte der Kirche und der höchsten Interessen des Volkslebens, unter Beobachtung natürlich des kirchenrechtlichen Standpunktes. Am besten könne das durch Anlehnung an bestehende Verbände und deren Ausbau, vornehmlich der Priesterkongregationen geschehen. Die Mitarbeit der Geistlichkeit an der politischen Arbeit der Geistlichkeit ist nicht bloß ein staatsrechtliches Recht, sondern unter den jetzigen Verhältnissen auch heilige Pflicht, weil es das Recht der Religion, die Freiheit der Kirche und überhaupt die idealen Werte, die im Wirtschaftsleben, zur Geltung zu bringen.

Aus dem oldenburgischen Münsterlande.

Weschn, 5. Dez. * Kloppenburg, 5. Dez. Der dritte Aulandabend, der angekündigte musikalische Abend, wird bereits am kommenden Sonntag stattfinden.

Die dafür gewonnenen Künstler sind die durch ihre Kammermusikabende rühmlichst bekannten Oldenburger Herren Wüsterbehn, Kufferath, Klapproth und Wöckel.

* Wäningen, 4. Dez. G e s t o h l e n wurde am Montagabend aus dem Gastzimmer des Hotels Höljen ein dem Altklar K. gehöriger Mantel nebst Hut. Der Täter, welcher unter der Einquartierung vermutet wird, konnte nicht ermittelt werden.

Bereitstellung von Siedlungsland. Katastrophe in der Ernährung der Großbetriebe.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, zu dem sich die großen landwirtschaftlichen Körperschaften zusammengeschlossen haben, hat nachstehende Eingabe an die Reichsregierung gerichtet. Der Deutsche Landarbeiterverband und der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter Deutschlands haben sich dieser Eingabe angeschlossen.

Berlin, 22. Nov. 1918.

An die Reichsregierung Berlin. Die deutsche Heimat schuldet den heimkehrenden Kriegern, die uns vor feindlichen Einbrüchen und Verwüstungen schützten, tiefste Dankbarkeit. Die Landwirtschaft wird diese Dankbarkeit durch die Tat beweisen, indem sie den Zurückkehrenden fruchtbringende Arbeit und Heimstätten zu bieten sucht. Sie wird es mit aufrichtiger Genugtuung begrüßen, wenn zunächst alle in der Landwirtschaft beschäftigten gewesenen Kräfte mit größter Beschleunigung in ihre Stellen zurückkehren. Sie wird aber auch mit Freuden energisch betreibt sein, auch denen, die erst künftig der Landwirtschaft sich widmen wollen und Lust und Liebe zu diesem Berufe haben. Unterstützung, Beschäftigung und Gelegenheit zur Gründung eines eigenen Heims zu gewähren.

Die Landwirtschaft will jedem Tüchtigen die Möglichkeit des Aufstiegs zur wirtschaftlichen Selbständigkeit eröffnen. Zu diesem Zweck ist die innere Kolonisation in weitgehendem Maße zu fördern. Die Voraussetzung zum Gelingen dieses großen Werkes ist aber, daß der richtige Weg gefunden wird.

Bei einer überfüllten und unangenehm durchgeführten der Kleinsiedlung besteht die Gefahr, daß unser ganzes Ernährungsweien erschüttert und auch die Zukunft der Anzuelebenden gefährdet wird.

Zudem aber werden mehr oder minder vererbte Gerüchte über eine Aufzuehlung des Grundbesitzes und über die Vergeßlichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe verbreitet, welche die Landwirtschaft bis in die Kreise des Kleinbesitzes hinein auf das tiefste beunruhigen. Solche Pläne sind geeignet, eine verhängnisvolle Störung der landwirtschaftlichen Erzeugung herbeizuführen. Wiesel hat man schon Aeußerungen gehört, die sich angedehnt der drohenden Wegnahme und Aufzuehlung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes seinen Zweck mehr oder weniger auszuführen und die Bestellung ordnungsgemäß vorzunehmen. Für andere habe man keine Lust, sich noch abzugeben, und Aufwendungen zu machen.

Der Krieg hat in ganz besonderem Maße auch gezeigt, daß ohne die landwirtschaftlichen Großbetriebe die Ernährung der größeren Städte und der Industrie-Bevölkerung nicht gewährleistet werden kann. Die bisher bereits vorliegenden Statistiken haben dies einwandfrei bewiesen; die weiteren gleichartigen Erhebungen werden dies noch eindringlicher darthun. Wir warnen daher auf das eindringlichste vor übereilten Eingriffen in die bestehenden Verhältnisse, da deren Folgen für die Ernährung der Bevölkerung unberechenbar sein müßten.

Eine erfolgreiche Durchführung der inneren Kolonisation ist nur möglich auf dem Wege eines planmäßigen Vorgehens durch Mithung der verschiedenen Besitzgruppen. Hierfür ist die Landwirtschaft seit langem eingetreten. Außer dem Dehland haben für eine großzügige Kleinsiedlung umfangreiche Flächen zur Verfügung, die auch der größeren Befähigung zu mäßigen Preisen herzugeben bereit ist. Ein Feststellung der für die Kleinsiedlung überhaupt in Frage kommenden Flächen ist bereits in der Wege geleitet. Die zur Verfügung zu stellenden Flächen werden die Nachfrage nach Land voraussichtlich bei weitem übersteigen. Damit die Hergabe des Landes in siedlungsfähiger Form erfolgt, würden zweckmäßig Landlieferungsverbände zu gründen sein. Bei der weiteren Durchführung der inneren Kolonisation sind praktische Sachverständige zu Rate zu ziehen. Vor allem sind damit die über Erfahrungsreichen verfügbaren Siedlungsgesellschaften zu betrauen.

Auch wir sind überzeugt, daß auf diesem Wege die innere Kolonisation eine segensreiche Bedeutung für die Zukunft unseres Volkes erlangen kann. Die Landwirtschaft stellt ihre Mitarbeiter an diesen großen vaterländischen Werte in weitestem Umfange zur Verfügung. Doch erfordert das glückliche Gelingen die emsige und fleißige Arbeit vieler Jahre.

Ein plötzliches und rücksichtsloses Eingreifen in die bestehenden Verhältnisse würde dagegen nicht nur in das Siedlungsweien in Frage stellen, sondern auch in dieser schweren Zeit eine Katastrophe in der Ernährung herbeiführen.

Der Reichsregierung geben wir daher anheim, möglichst bald eine Erklärung zu veröffentlichen, welche geeignet ist, die in der landwirtschaftlichen Kreise getragene Beunruhigung zu beseitigen.

gez. Dr. Mehnert, Vorsitzender.

Naß und Fern.

Weschn, 4. Dez. 300 Pferde der Clappen-Pferdedepot 98 wurden hier verkauft. Die Preise schwanken zwischen 80 und 1500 Mk.

64 Pferde, das neueste zu 1500 Mk., kannte ein Pferdeshlächter aus Osnabrück. Ein guter französischer Ackerwagen brachte 50 Mk.

Weschn, 4. Dez. Die Vorarbeiten für die Errichtung einer Erwerbslosenfürsorge hier selbst sind nunmehr abgeschlossen. Den Anordnungen des Reichs-demobilisationsamtes entsprechend, tritt die Fürsorge für arbeitsfähige, in Folge längerer Arbeitslosigkeit bedürftige Personen über 14 Jahre ein, die in Wäningen ihren Wohnort haben. Für jeden arbeitslosen Wochentag wird männlichen Personen über 17 Jahre eine Unterstützung von 5 Mk., jüngeren eine solche von 3,50 bezw. 3 Mk. für Familienangehörige des arbeitsfähigen Haushaltsvorsorgendes, die von ihm unterhalten werden, erbitet insgesamt aber nicht mehr, als er selbst an Unterhaltung bezieht. Personen, die auf Erwerbsfähigkeit nicht angemessen sind, z. B. Frauen, deren Männer arbeitsfähig zurückkehren, erhalten keine eigene Arbeitslosenunterstützung. Krankenkassenbeiträge werden im Falle der Erwerbslosigkeit von der Gemeinde weitergezahlt, jedoch wird streng verlangt, daß die Unterfertigten sich sofort als freiwillige Mitglieder bei ihrer Krankenkasse melden. Durch besondere Kontrollvorrichtungen ist dafür Sorge getragen, daß ein Mißbrauch der Fürsorgeeinrichtungen durch Nichtbedürftige oder Arbeitsfähige vermieden wird; namentlich müssen die Erwerbslosen sich täglich beim Arbeitsnachweis melden und eine ihnen dort gebotene Arbeit annehmen. Die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge im einzelnen ist einem Fürsorgeauschuß übertragen, der unter dem Vorsitz des Bürgermeisters aus Arbeitgeber und Vertretern der Arbeitnehmer in gleicher Zahl zusammengesetzt ist. Für die in den Nachbargemeinden wohnenden Personen werden ähnliche Bestimmungen von den zuständigen Gemeindeverwaltungen vorbereitet.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

nach gewesen ist. Der Kronprinz bemerkte noch, ein Gewand erer Wilfrons zu sein, der nach seiner festen Ueberzeugung einen Frieden des Reichs für das deutsche Volk zusammenbringen werde.

Bestellungen.

auf die „Oldenburgische Volkszeitung“ nehmen alle Postanstalten, unsere Agenturen und Boten jederzeit entgegen.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Weschn. Druck und Verlag: Rechter Drucker und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Weschn.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Bekanntmachung.

Für die Mitglieder der Schlosser, Schmiede- und Maschinenbauers-Vereinigungen des Amtes Weschn. Unter meiner Verfügung ist eine größere Sendung Eisen, wie folgt zu vergeben. An Eisenblechplatten circa 1 mm stark, 2 qm Inhalt, an Rundstaben 16-17 mm Stärke u. 6 m Länge. Käufer werden gebeten, sich präzisieren bis zum 8. d. Mts. beim Unterzeichneten zu melden.

Aug. Lübbecke, Obermeister.

Stadtmagistrat. **Vechna**, 1918 Dez. 5. Die Ausgabe der Butter für die laufende Etade erfolgt nach bei den bisherigen Verkaufsstellen am Freitag, dem 6. d. Mts.

Verding. Von heute ab kommen Eier zur Ausgabe bei der Verkaufsstelle Schäfers für die Buchstaben 2-3 einjährig, und bei der Verkaufsstelle Gehoff für die Buchstaben 4-3 einjährig. **Vechna**, den 5. Dezember 1918. Stadtmagistrat.

Kartoffel-Abnahme in Bohne am Montag, dem 9. Dezbr., vormittags. **F. Zerhusen.**

Kaufe kändig Schlachtreise, fette Gänse. **Vechna.** Aug. Coors, Bahnhofswirt.

Geschäfts-Eröffnung. Am Sonnabend, dem 7. d. Mts., eröffne ich im Hause des Gastwirts **Borghers**, Juttastr. 25, ein

Barbier- und Friseurgeschäft und bitte mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Für saubere und reelle Bedienung wird garantiert. Hochachtungsvoll **Vechna.** **Georg Schmalz**, Friseur.

Eine Wiederholung des 'Bunten Abends' findet am **Samstag, dem 7. Dezember** in Schäfers Saale statt.

Den Bewohnern von Steinfeld und Umgegend zur Nachricht, daß ich mein **Rasier- und Haarschneidegeschäft** wieder eröffnet habe, und bitte um geneigten Zuspruch. **Georg Böckmann**, Steinfeld.

Elektrische Beleuchtungskörper, Tischlampen, Zuglampen, Kronleuchter in großer Auswahl und in jeder Preislage empfiehlt **F. W. Buchmeyer, Bremen,** Knochenhauerstraße 39/40. Fernsprecher Roland 608 und 660.

Dieserjen, die noch **Holz** 6000 Mt. stehen haben auf der Kötterei der Ww. Wölfe, werden ersucht, dieselbe bis 15. Jan. abzuführen, widrigenfalls es auf Kosten der Käufer weggeschafft wird. **Colona Wm. Drahwann, Osterfeine.**

Eine gute **2jährige Luene** gegen eine hochtragende Kuh zu vertauschen. Nachfragen bei **F. Schumacher, Dinklage.** **Wer Wäsche** der Kompagnie Wäsche des S. Kamp, E. W. 3. N. 65, Vechna.

Neue Jagdräder mit „Prima Gummi“ liefert franco jeder Bahnstation. Garantie Zurücknahme, wenn nicht gefällt. **Joh. Sierichs, Oldenburg, Radofstr. 118.**

4000 Mark zu 4% Zinsen am 1. Januar 1919. Anfragen erbeten unter **W. S. 50** an die Geschäftsstelle dieses Blattes. Das am 6. März 1918 gefaßte

Holz muß bis zum 1. Jan. 1919 weggeschafft sein, andernfalls es auf Kosten der Eäumigen geschieht. **J. Wähling, Hofbesitzer, Boken b. Bohne i. O.**

Einladung zur Mitgliederversammlung des Herd- und Buchvereins der Kolbuntfächer Südboldenburgs e. V. am Freitag, dem 13. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr bei Ww. Welchers Wirtschaft in Vechna. **Tagesordnung:** 1. Vorlegung der im Ausschuss festgestellten und geprüften Rechnung. 2. Mitteilung über den jetzigen Stand des Herd- und Buchvereins. Berichterstatter **V. F. Schwegmann.** 3. Mitteilung eines Schreibens des Rudolphshofverbandes Westfalen betreffend Farbeneinheit. Berichterstatter **Alwin Schodtmöhle** und **Th. Moormann.** 4. Sonstige Besprechungen. **V. F. Schwegmann.**

Kainit u. Kali ist stets auf Lager. **Vechna** und **Schneiderkrug.** **D. Schröder.** Die Landesstelle ersucht dringend, um die Ernährung der Bevölkerung sicher zu stellen, um Lieferung von **Wurzeln, Stedrüben, Nunteln zc.** Anmeldung jeden Tag. **Vestrup.** **Joh. Albers,** Sammelstelle. **Aug. Haverkamp.**

Kaufe kändig Kaninchen, Geflügel und Wild und zahle hohe Preise. **Vechna.** **Aug. Coors, Bahnhofswirt.** **Kartoffel-Abnahme Haldorf.** Nehme am Dienstag, dem 10. d. Mts., Kartoffeln ab. Anmeldungen müssen spätestens bis Sonntag, den 8. d. Mts. abends erfolgen. **August Haverkamp.**

Gemeinde Osterburg. Ausgabe von Kartoffeln auf Zusatzkarten für Schwerarbeiter am: Dienstag, dem 10. d. Mts., vorm. von 8-11 Uhr und nachm. von 2-4 Uhr. Gutscheine gegen Vorlegung der Kartoffelzusatzkarten sind im Kartenausgabebüro einzuweisen. **Kosenbohm.**

Gemeinde Osterburg. Ausgabe von Kartoffeln am Montag, dem 9. Dezember d. Js. in der Spinnerei morgens von 8-10 Uhr und nachm. von 2-4 Uhr. Gutscheine am Eingange der Spinnerei unter Vorlegung der Kartoffelkarten. **Kosenbohm.**

Gemeinde Osterburg. Ausgabe von Wurzeln und Stedrüben am Bahnhof Osterburg am: Sonnabend, dem 7. Dezember d. Js., vormittags von 8-11 Uhr und nachm. von 2-4 Uhr. Gutscheine unter Vorlegung der Lebensmittellisten bei Gullmann. **Kosenbohm.**

Gemeinde Osterburg. Ausgabe von Laub in jeder Menge bei Frohns, Brennerei, am Freitag, dem 6. d. Mts., vorm. von 8-11 Uhr. Rotten 1-6, nachm. von 2-5 Uhr für Rotten 7-12; Sonnabend, dem 7. d. Mts., vorm. von 8-11 Uhr für Bauerwirtschaften 1-6, und die übrigen Bauerwirtschaften. Gutscheine sind im Kartenausgabebüro einzuweisen. **Kosenbohm.**

Die Sorge um Licht ist gehoben, wenn Sie sich meine **Magnet-Lampe** anschaffen. Dieselbe gestattet infolge der sorgfältigen Ausführung eine jahrelange Gebrauchsdauer. Kein Petroleum, Spiritus, Benzol, Karbid oder sonstiger Brennstoff erforderlich. **Ergo-Lampen oder Feuersgefahr daher gänzlich ausgeschlossen!** Die **Magnet-Lampe** erzeugt ein so intensives Licht, daß man bequem dabei lesen kann. Für den **Landwirt** im Winter fast unentbehrlich, um im Stall, Hof, Scheune usw. nach dem Dämmerlicht zu sehen. **Garantieschein** wird jeder Lampe beigelegt und zwar leiste ich für die **Magnet-Lampe 6 Monate** vom ersten Tage der Lieferung an nachstehende Garantie: Die während dieser Zeit durch Material- und Konstruktionsfehler schadhaft gewordenen Lampen werden bei portofreier Zuführung, wenn ungeöffnet, kostenlos repariert oder umgetauscht. Der vorgeschriebene Verkaufspreis beträgt **Mk. 22.-**, bei 2 Lampen **Mk. 43.-**, bei 3 Lampen **Mk. 62.-** inkl. Porto und Verpackung gegen Vorleistung des Betrages, auf Wunsch unter Nachnahme. Um den bargebliebenen Verkehr zu fördern, kann der Betrag auch auf mein Postkontokonto **Hamburg 16 026** eingezahlt oder überwiesen werden. **Ernst Landt, Bremen 13.**

Zigarren! in der Preisliste von **Mk. 400.-** aufwärts per Millie wieder vorrätig. Gleichzeitig bringe ich meine **Tabakmischung, Börseknädel** Verkauf Paket 90 Fig.) in empfehlende Erinnerung. **Franz Lameyer, Oldenburg,** Zigarrenzughandlung. Fernsprecher 1276/77.

Todes-Anzeige.  Heute morgen 7 Uhr starb nach kurzer, heftiger Krankheit unser einzig lieber Sohn, der **Umlernungsoldat Franz Mormann** im 22. Lebensjahre. Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten. **Die trauernden Eltern.** **Boken bei Damme, den 4. Dez. 1918.** Die Beerdigung findet statt am Samstag, dem 7. Dezember, morgens 9 1/2 Uhr in Damme, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

Doppelflinten, Einfl. Flinten, Selbstlade pistolen, Munition Cal. 7, 65, **Globert,** Globert-Munition, Jagdpatronen empfiehlt **H. Holtvogt, Vechna.**

Für Wirte, Hotels! Cigarren aus rein reberleestobaken zu 40, 50, 60 Pf. Musterlisten a 100 Stk. Nachm. **H. Kayser's Sohn, Bremen, Wadhstraße 27/28.**

Wohlere Tausend Paar Holzschuhe zu kaufen gesucht. **Joseph Thöle, Vechna.**

Todes-Anzeige.  Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwieger, Schwägerin und Tante, die **Chestan Katharina Höpfer** geb. Sieberding, heute abend zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb nach kurzer, heftiger Krankheit, wohl vorbereitet durch einen frommen, christlichen Lebenswandel und gestärkt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, im Alter von 32 Jahren im Krankenhaus zu Vechna. Um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene bitten. **Die trauernden Angehörigen.** **Vechna, Babel und Dylse, den 4. Dezember 1918.** Die Beerdigung findet am Montag, dem 9. Dezember, morgens 10 Uhr vom Krankenhaus in Vechna aus statt, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

Todes-Anzeige.  Erhielten am 2. Dezember die ersütende Nachricht, daß unser innigstgeliebter, ältester, hoffnungsvoller Sohn, unser herzensguter Bruder, der **Unteroffizier Heinrich Sieverding,** **Reg.-Inf.-Regt. 262,** Inhaber des **Eis. Kreuzes 1. und 2. Klasse** und des **Friedrich-August-Kreuzes,** am seiner am 8. Sept. erlittenen schweren Verwundung nach einem frommen Lebenswandel im 25. Lebensjahre im Kreisstranzenhause zu Dessau fürs Vaterland gestorben ist, nachdem er 4 Jahre alle Strapazen des Krieges ertragen hat. **Die kiefbetäubten Eltern** und **Geschwister.** **Sarme und Westen, den 4. Dez. 1918.** Nach Ueberführung der Leiche findet die Beerdigung in **Datum** statt.

Todes-Anzeige.  Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern abend meinen lieben Mann, unsern guten Vater, Schwager und Onkel, den **Zeller Julius Kote** im 58. Lebensjahre, nach kurzer Krankheit, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, zu sich zu nehmen. Allen Verwandten und Bekannten geben wir diese Trauernachricht kund mit der Bitte, des lieben Verstorbenen im Gebete zu gedenken. **Die trauernden Angehörigen.** **Kosenmühlen und im Felde, den 4. Dezember 1918.** Die Beerdigung findet statt am Samstag, dem 7. Dezember, vorm. 9 1/2 Uhr in **Wiseb**, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

Donnerstag, 5. Dezember 1918.

Oldenburgischer Landtag.

Der Verwaltungsausschuss gibt die Berichte zur Leistung der Entwürfe betr. Änderung der Schulgesetz und betr. Änderung der Besoldungsordnung.

Der Stadtmagistrat Nordham bringt dem Landtag wieder seine alten Wünsche nach einer Oberrealschule in Nordham vor, da Brate oberschlägig, keine Realschule Ostern 1920 zu einer Oberrealschule auszubauen.

Eine Petition des Vereins kath. Oldenburgischer Lehrerinnen bittet um endgültige Anstellung und, wenn das nicht möglich ist, wenigstens um das entsprechende Gehalt für die Lehrerinnen, die die erforderlichen Dienstjahre haben.

Auf eine Petition der Gemeinde Malente um Änderung der Gemeindeordnung werden wir morgen näher eingehen.

Anlage 28. Die Nahrungsmittelzentrale für das Herzogtum Oldenburg erzielte 1917 einen Umsatz von 2 404 989 M. Der Gewinn betrug betrug 413 M.

Anlage 27. Ergebnisse der Einkommensteuerzahlung für das Jahr 1917.

Anlage 30. Staatlicher Zuschuß von 5900 M für 1919 an das Privatgymnasium Luiseenschule Oldenburg.

Anlage 31. Eisenbahnbaufonds. Rechnungsabrechnung 1914-18 und Vorschlag 1919.

Auf die beigezeichneten drei Vorlagen wird noch näher eingegangen sein.

Zwei Forderungen des Oldenburger Landesbauernrats.

Man bittet uns um Aufnahme nachstehender Zusätze:

Noch liegt die nächste Zukunft des Deutschen Reiches in tiefem, undurchdringlichem Dunkel. Überall werden Ausschüsse und Wäde eingesetzt, jeder Berufsstand, jede Bevölkerungsschicht ist bemüht, ihre Wünsche und Forderungen zur Geltung zu bringen.

Der Oldenburger Landesbauernrat hat von Anfang an schon durch seine Zusammenkunft in der ersten Gründungsversammlung, dann aber auch durch die einheitliche Einrichtung und Ausarbeitung seiner Unterabteilungen in den einzelnen Kreisen und Gemeinden, endlich aber auch durch alle seine Veröffentlichungen und Kundgebungen bezeugt, daß er gewillt ist, einen wirklich demokratischen, alle Teile der Landbevölkerung gleichmäßig umschließenden Sammelplatz für das ganze Land Oldenburg zu bilden.

Die erste dieser Einrichtungen wird betonen, daß die ländliche Bevölkerung Oldenburgs, vertreten durch die Bauernräte, fest auf dem Boden der Neuordnung steht, sich dem Deutschen Reich als Glied eng verbunden fühlt, dabei aber den dringenden Wunsch hegt, die wirtschaftliche Geschlossenheit der Oldenburger Volksgruppen durch Beibehaltung der örtlichen Grenzen des bisherigen Herzogtums als einheitlichen Verwaltungsbezirk gewahrt zu sehen.

Der Landesbauernrat glaubt mit Vorlage dieser Entschlüsse im Sinne der breiteren Allgemeinheit nicht nur der Oldenburger Landbevölkerung, sondern auch der gesamten Landbevölkerung vorzugehen. Minderheit trennungsfähige Festhalten, vielmehr auch manche noch neuen, in mehr oder minder großer Eigenart erstrebten Verbindungen ausstehenden Begründer werden geneigt sein, dem Landesbauernrat ohne weiteres Rücksichtnahme oder allen unglücklichen Neben am Vorübergehenden vorzuziehen, wenn diese Entschlüsse demnach zur Zulage gelangt.

Man möge bedenken: Das Gebiet des bisherigen Herzogtums Oldenburg stellt eine festgeschlossene wirtschaftliche Einheit dar. Die Stadt Oldenburg bildet den Mittelpunkt für die gesamte Landesverwaltung. Demzufolge ist das ganze Netz der Verkehrsverbindungen gegliedert, eingerichtet und dauernd fortgebaut. Die wirtschaftlichen

Die deutschen Erzbischöfe und Bischöfe an die heimkehrenden katholischen Krieger.

Die unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe entbieten den heimkehrenden katholischen Kriegerern herzlichsten Willkommengruß.

Seid herzlich willkommen, ihr tapferen Krieger, die ihr in diesen Tagen heimkehrt in das Vaterland! Es grüßt euch die Heimat mit Jubel im Herzen und mit Tränen im Auge.

Seid willkommen! So grüßt euch durch den Mund eurer Bischöfe eure geistliche Mutter, die katholische Kirche, in deutschen Landen. Tag für Tag hat sie euer Gedacht in Gebet und im heiligen Opfer; sie hat euch begleitet, so weit sie konnte, durch ihre Seelsorger in diesem schweren Kriege.

Ihr seht heim. Nicht so, wie wir alle gehofft, als ihr hoffentlich ausgesetzt zu dem blühenden Markte der Berteiligung des Vaterlandes. Unsere Hoffnungen haben sich nicht verwirklicht. Gott hat es anders beschloßen in seinem unerforschlichen Rathe.

Ihr seht heim. Nicht als Besiegte! Mehr als vier Jahre hindurch, auf hundert Schlachtfeldern und in tausend Kämpfen hat ihr eure Treue gegen das Vaterland und eure Tapferkeit gegenüber einer Welt von Feinden gloriös bewiesen. Ihr müßt der Uebermacht weichen. Das ist für euch keine Schande und keine Ehre für die, die euch durch ihre rücksichtslose Ueberzahl zum Rückzug zwangen.

Ihr seht heim. Nicht als Besiegte! Mehr als vier Jahre hindurch, auf hundert Schlachtfeldern und in tausend Kämpfen hat ihr eure Treue gegen das Vaterland und eure Tapferkeit gegenüber einer Welt von Feinden gloriös bewiesen. Ihr müßt der Uebermacht weichen. Das ist für euch keine Schande und keine Ehre für die, die euch durch ihre rücksichtslose Ueberzahl zum Rückzug zwangen.

Schwere Zeiten hat die Uebermacht des Feindes uns gebracht, schwerer noch sind die Zeiten geworden durch das, was ihr bei eurer Ankunft in der Heimat findet. Es gehen die Wäpfer der Verbrüderung dem deutschen Volke an das Leben. Einigkeit und Weisheit soll unser Unglück vollenden.

Heimkehrende Krieger, Soldaten! Wenn irgend jemand, dann seid ihr es, die da wissen, wie verwerflich alle Uneinigkeit und alle Unordnung ist, und wie unentbehrlich nötig uns Menschen Einigkeit und Ordnung ist. Ohne sie kann keine Gesellschaft bestehen. So hat Gott es in unserer Natur hineingelegt, und darum ist es Gottes heiligste Gebot, untrennbar zu sein der Obrigkeit. Nehmt darum, Geliebte, mit dem Danke für alles, was ihr heidenhaft getan und gelitten habt, aus unserem Munde die treue gemeine Meinung und väterliche Bitte: Schmetzt euch um in der Heimat, wie es steht; tretet ein für Ordnung und Gehet, ohne die es keine Freiheit geben kann; legt Hand ans Werk und helft mit an dem Wiederaufbau des Vaterlandes, namentlich durch ein echt-christliches, religiöses Leben. Niemand ist mehr als ihr dazu berufen.

Heimkehrende Krieger, Soldaten! Wenn irgend jemand, dann seid ihr es, die da wissen, wie verwerflich alle Uneinigkeit und alle Unordnung ist, und wie unentbehrlich nötig uns Menschen Einigkeit und Ordnung ist. Ohne sie kann keine Gesellschaft bestehen. So hat Gott es in unserer Natur hineingelegt, und darum ist es Gottes heiligste Gebot, untrennbar zu sein der Obrigkeit. Nehmt darum, Geliebte, mit dem Danke für alles, was ihr heidenhaft getan und gelitten habt, aus unserem Munde die treue gemeine Meinung und väterliche Bitte: Schmetzt euch um in der Heimat, wie es steht; tretet ein für Ordnung und Gehet, ohne die es keine Freiheit geben kann; legt Hand ans Werk und helft mit an dem Wiederaufbau des Vaterlandes, namentlich durch ein echt-christliches, religiöses Leben. Niemand ist mehr als ihr dazu berufen.

Heimkehrende Krieger, Soldaten! Wenn irgend jemand, dann seid ihr es, die da wissen, wie verwerflich alle Uneinigkeit und alle Unordnung ist, und wie unentbehrlich nötig uns Menschen Einigkeit und Ordnung ist. Ohne sie kann keine Gesellschaft bestehen. So hat Gott es in unserer Natur hineingelegt, und darum ist es Gottes heiligste Gebot, untrennbar zu sein der Obrigkeit. Nehmt darum, Geliebte, mit dem Danke für alles, was ihr heidenhaft getan und gelitten habt, aus unserem Munde die treue gemeine Meinung und väterliche Bitte: Schmetzt euch um in der Heimat, wie es steht; tretet ein für Ordnung und Gehet, ohne die es keine Freiheit geben kann; legt Hand ans Werk und helft mit an dem Wiederaufbau des Vaterlandes, namentlich durch ein echt-christliches, religiöses Leben. Niemand ist mehr als ihr dazu berufen.

Heimkehrende Krieger! Unser Dank und unsere Liebe gilt nächst euch auch allen euren Kameraden, die in der Gefangenschaft des Feindes saßen. Unser Gebet und unser ganzes Denken geht auf die baldige Erlösung.

Unser Dank und unsere Liebe gilt auch allen euren Kameraden, ja ihnen ganz besonders, die verwundet, krank und sich aus diesem Kriege in die Heimat gekommen sind und kommen. Sie tragen das leuchtende Ehrenmal ihres Mutes und ihrer Treue an ihrem gebrochenern, verwundeten Leibe. Unser aller Dank gegen sie muß helfende Tat werden. Wie soll das gelingen, wenn Uneinigkeit und Unordnung die Ueberhand bekommen und das deutsche Vaterland zerstückelt und dadurch in Dornen und Verberben bringen!

Unser Dank und unsere Liebe gilt auch allen euren Kameraden, ja ihnen ganz besonders, die verwundet, krank und sich aus diesem Kriege in die Heimat gekommen sind und kommen. Sie tragen das leuchtende Ehrenmal ihres Mutes und ihrer Treue an ihrem gebrochenern, verwundeten Leibe. Unser aller Dank gegen sie muß helfende Tat werden. Wie soll das gelingen, wenn Uneinigkeit und Unordnung die Ueberhand bekommen und das deutsche Vaterland zerstückelt und dadurch in Dornen und Verberben bringen!

Den Dank gegen euch, die ihr noch lebt, wollen wir darbringen an heiliger Stätte durch das Segenworte, was unsere hl. Religion besitzt: durch ein feierliches Hochamt, das wir mit euch allen Gott dem Herrn darbringen als Opfer des gemeinsamen Dankes für eure Heimkehr, als Opfer der Sühne für alles, was wir in diesen Kriegsjahren vor Gott sühnen, als Opfer der Bitte, das Gott uns aufrichte und errette aus der Trübsal und Prüfung, die über uns gekommen ist.

Den Dank aber gegen alle, die in diesem Kriege gefallen sind, wollen wir ihnen nachsenden in die Ewigkeit. Es soll gelingen durch ein hl. Hochopfer, das für ihre Seelenruhe Gott dargebracht wird. Herr, gib ihnen die ewige Ruhe, und das ewige Licht leuchte ihnen! Amen.

1. Das vorliegende Schreiben ist in allen Kirchen am Sonntage, dem 8. Dezember, von der Kanzel zu verlesen.

2. Sobald die Krieger in der Heimat wieder angelangt sind, ist in jeder Pfarrkirche an einem Sonntage ein feierliches Dankamt vor dem ausgelegten Allerheiligsten Sakrament in der angegebenen Meinung mit Predigt zu halten, wozu die heimkehrenden Krieger besonders einzuladen sind.

3. Am Tage vorher oder nachher ist ein Seelenamt für die gefallenen Krieger ebenfalls mit Predigt zu halten. Diese Predigt kann auch am Abend vor dem Seelenamt stattfinden.

4. Die näheren Anordnungen überlassen wir den Herren Pfarrern. Für die Städte und größeren Landgemeinden dürfte sich die Feier vielleicht zu einem Tribunal ausstellen lassen, falls dadurch nicht die Volksmengen, welche baldigt folgen müssen, beeinträchtigt werden.

Am ersten Adventsonntage 1918. Felix Kardinal von Saragossa, Erzbischof von Köln.

- + Dominus, Erzbischof von Freiburg.
+ Edmund, Erzbischof von Gnesen und Posen.
+ Rudolf, Bischof von Breslau.
+ R. Jella, Bischof von Trier.
+ Paul Wilhelm, Bischof von Rottenburg.
+ Augustinus, Bischof von Culm.
+ Georg Heinrich, Bischof von Mainz.
+ Joseph Damian, Bischof von Fulda.
+ August Joseph, Bischof von Osnabrück.
+ Augustinus, Bischof von Bamberg.
+ Augustinus, Bischof von Münster.
+ Augustinus, Bischof von Limburg.
+ Wilhelm, Bischof von Danzaburg.
+ Franziskus, Titularbischof von Priene, Apostolischer Vikar in Sankt.
+ Joseph, Bischof von Silesheim.
+ Heinrich, Titularbischof von Sifamo, Feldprobst der preussischen Armee.

die mit der Schaffung der neuen Verfassung und Ordnung aller Verhältnisse betraut werden kann. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, laufen wir die größte Gefahr, einem unentbehrlichen Durchdringen, ähnlich dem in Rußland, mit allen feinen Schrecken der Hungersnot, Unruhen und des Brudermordes zugute zu kommen. Auch kann wieder an einen Abbruch des Vor- oder Nachkriegens nach an irgendwelche sonstigen durchgeführten Verhandlungen mit den gegen uns verbündeten feindlichen Mächten gedacht werden, wenn wir nicht eine Volkserrettung und mit deren Hilfe eine geordnete Regierungsgewalt schnellstens erhalten. Das aber mit unseren Feinden nicht mehr zu spaßen ist, daß wir von ihnen keinerlei Mitleid und Entgegenkommen zu erwarten haben, im Gegenteil mit ihren schärfsten Waffregeln, Fortsetzung des Krieges, weiterer Belagerung deutschen Landes und anderen drückenden Eingriffen zu rechnen haben, wird nach den Erfahrungen der letzten Wochen auch der gefühlvollste Bierspieler einsehen.

Demge mäß hält es der Landesbauernrat für seine unmittelbare Pflicht, im ganzen Lande die Forderung nach schneller Einberufung der Nationalversammlung zu erheben. Wie, zwar nicht erkennbaren Schwierigkeiten müssen überwinden werden. Jetzt gilt es handeln und nicht zögern! 5. Bg.

Aus dem Oldenburgischen Münkerlande.

Die Familienunterstützungen für Kriegsteilnehmer sollen, wie wir erfahren, ganz allgemein bis zum 31. Dezember 1918 weitergeführt werden. Darüber hinaus sollen den nach dem 30. November 1918 zur Entlassung kommenden Mannschaften noch zwei Halbmonatsraten an Familienunterstützungen ohne Prüfung der Bedürftigkeit ausbezahlt werden. Der betreffende Entwurf dürfte schon in den nächsten Tagen fertiggestellt werden.

Aufhebung der Jungmann-Organisation für landwirtschaftlichen Hilfsdienst. Die großen politischen Ereignisse der letzten Tage haben auch zur Folge gehabt, daß diese Organisation aufgehoben werden muß. Unsere braven Jungmänner haben mit unerschütterlichem Fleiß dem Vaterlande bei der Bergung der Ernte ganz hervorragende Dienste geleistet und so unendlich wertvolle Arbeit für die Ernährung des Volkes getan. Allen Jungmännern, Eltern, Lehrern und allen, die sich an diesem Hilfsdienst beteiligt oder ihn gefördert haben, sei hiermit der herzlichste Dank ausgesprochen. Die Mitglieder des Kriegswirtschaftsausschusses sind für die Aufhebung des Kriegswirtschaftsausschusses der Vorsitzende des Kriegswirtschaftsausschusses Hannover.

Die Revolle zur Gemeindeordnung, wodurch diese dahin geändert wird, daß bei der Wahl zur Gemeindevertretung das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu Grunde gelegt und beim passiven Wahlrecht das Verfügungsrecht beibehalten wird, dürfte, wie der Abg. H. v. der Republik mitteilt, noch vor Weihnachten erscheinen.

Die Vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit dem Großherzog ist dahin schon klar gestellt, daß die Einkünfte aus Krongut der Staatsschatz zufallen werden.

Die Statuten der Zentrumsorganisation sind verabschiedet. Ein Reudruck ist zurzeit nicht möglich. Wer noch Exemplare zur Verfügung hat, möge dieselben an das Zentrumsbureau (Pastor Haackmann) einsenden, da noch von verschiedenen Orten Statuten erbeten sind.

Zentrumsvereinigungen können schon jetzt am besten verankert werden. Es haben sich verschiedene Herren bereit erklärt, Neben aber die brennendsten Fragen zu halten. Anfragen um Nebener sind an das Zentrumsbureau zu richten.

Pferdeversteigerung. In den nächsten Tagen finden Versteigerungen freiveränderlicher Militärpferde statt, die durch Anzeigen in den Zeitungen regelmäßig bekannt gegeben werden. Die warmblütigen Schußpferde werden an die landwirtschaftlichen Hauptberufe, Handwerker und Jurist und an die Landwirtschaftskammer Oldenburg abgegeben. Für diese Stufen ist ein Mindestpreis von 550 Mk. und ein Höchstpreis von 1200 Mk. festgesetzt. Die Landwirte erhalten damit also für billiges Geld gute Zusatzen. Die arbeitsverwendungsunfähigen Pferde werden in den Standorten der Ertragsgruppen öffentlich versteigert; sie werden nur an Pferdebesitzer mit einem vom Gemeindevorsteher, Amtsvorsteher oder Landrat beschleunigten Bedarfsausweis gegen Barzahlung abgegeben. Den Fiedlern ist der Verkauf der Versteigerung unzulässig. Ortsvorsteher, Ortsamte und Polizeibeamte überwachen die Versteigerung. Die Pferdebesitzer lassen sich praxishilfswise recht bald gültige Bedarfsausweise ausstellen. Zahlung durch Kriegsanleihe ist gestattet.

Einlage, 4. Dez. Das Protokoll über die für das Steuerjahr 1919 in der Gemeinde Dinklage vorgenommenen Um- und Neueinrichtungen der Grundbesitzverhältnisse und der Gebäudeverhältnisse liegt bis zum 10. Dezember dem Katastramt. Vor dem Minister für die Einwirkung der Beteiligten aus. Einige Einwendungen sind innerhalb der Ausfertigungsfrist vorgebracht.

11. Dez. 3. Dez. Es wurden am 28. November dem Amtsbezirklichen Inspektors Stolke zu Essen vor dem Saale des Kapitän Strohmann diebstahl ein Fahrrad, Marke 'Orignier'. Ein schwarzer Schafhirt geflohen wurde am 24. November dem Landwirt und Gastwirt Clemens Arkenau in Ver-

mannschaft. Das Tier ist auf der Weide geschlachtet worden. Fell und Kopf haben die Käfer zurückgelassen.

?? Eisenbahn, 3. Dez. Ein Fahrrad geblieben wurde am 1. Dezember dem Fischermeister Union Wömer in Eisenbahn.

Amnestieerlass.

1. Nach Ziffer 6 des Reichsgesetzes vom 12. November 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1308) ist für alle politischen Straftaten Strafrecht abgewährt, die wegen solcher Straftaten angehängt sind, sind nach dem Reichsgesetz vom 12. November 1918 vollstreckungsbefreiend. Schon jetzt haben die Strafverfolgungsbehörden neue Verfahren wegen der unter dem Reichsgesetz vom 12. November 1918 fallenden Straftaten nicht eingeleitet; bereits anhängige, gerichtlich noch nicht eingeleitete Verfahren sind von der Strafverfolgungsbehörde einzustellen; im gerichtlich eingeleiteten, noch nicht rechtskräftig abgetrennten Verfahren hat die Strafverfolgungsbehörde bei dem Gericht den Antrag auf Einstellung des Verfahrens zu stellen, und es ist dabei von dem Standpunkt auszugehen, daß diese Einstellung auch außerhalb einer Hauptverhandlung erfolgen kann. Soweit rechtskräftige Verurteilung erfolgt ist, hat die Straffreiheit die Wirkung, daß die Straffreiheit — einschließlich der Kostenabrechnung — unzulässig wird; neue Vollstreckungsmaßnahmen sind deshalb nicht mehr vorzunehmen, eingeleitete Vollstreckungen sind alsbald zu unterbrechen und aufzuheben. Die Straffreiheitsbestimmungen haben unersetzlich die erforderlichen Freistellungen und Anordnungen zu treffen, insbesondere die Freilassung der Beschuldigten oder Verurteilten aus der Untersuchungshaft oder Strafbast zu bewerkstelligen. Ferner ist eine Straffreiheitsbestimmungen des Vorliegen der Voraussetzungen des Gesetzes, hält sie die Entscheidung über die Straffreiheit, so ist, auch wenn der Verurteilte Einwendungen nicht erhebt, gemäß § 490 der Strafprozedur die Entscheidung des Gerichts herbeizuführen.

2. Auch wegen nicht politischer Straftaten ist ein Reichsgesetz über Bewährung von Straffreiheit zu erwarten. Schon jetzt werden die Strafverfolgungsbehörden angehalten, die Vollstreckung von Strafen, die nicht schwerer sind als drei Monate Gefängnis, nicht mehr einzuleiten und bereits angeordnete Strafe von nicht mehr als drei Monaten alsbald zu unterbrechen. Deswegen ist die Vollstreckung von Geldstrafen einweisen aufzuführen bzw. zu unterbrechen.

3. Das Direktorium hat beschlossen, die Personen, die wegen Uebertretung der Kriegsgesetze zur Durchführung der Ernährung in leichten Fällen, also insbesondere mit Ausschluß der wucherischen und gewerbsmäßigen, bestraft sind, zu begnadigen. Bereits anhängige Strafverfahren sollen niedergelegt werden. In den hienach in Frage kommenden Fällen ist daher von Amts wegen auf dem für die Berichtserstattung in öffentlichen Ämtern Wege, erforderlichenfalls nach genügender Klärung des Falles, wegen der Niederlegung oder Begnadigung an das Direktorium, Jagdabteilung, zu berichten. Oldenburg, den 29. November 1918. Direktorium, Jagdabteilung, Graepel.

Agitation der Arbeiter- und Soldatenträte.

Die Arbeiter- und Soldatenträte des Landes hatten sich gestern in Oldenburg versammelt (aus jedem Amtsbezirk waren drei Vertreter anwesend) zu einer Besprechung. Bei dieser Gelegenheit kam auch die Frage zur Sprache, wie das Volk auch im Münsterlande über die sozialdemokratischen Pläne politisch aufgeklärt werden könne. Dieses Vorhaben wurde nicht widerspruchlos gebilligt, es wird aber trotzdem doch wohl noch zur Ausführung kommen. Was man in diesen Kreisen unter politischer „Aufklärung“ versteht, zeigt uns eine Beratung des Münchener Soldatentrats vom 2. Dezember über die Frage, wie man in der Provinz und auf dem Lande „Aufklärungsarbeit“ leisten könne. Nach dem Bericht soll in München eine Zentralstelle zur Leitung dieser Propaganda errichtet werden. Natürlich handelt es sich um eine revolutionäre Propaganda, die vor allem auch unter den aus dem Felde heimkehrenden Truppen getrieben werden soll, da sie noch unzureichend unterrichtet seien. Es soll ihnen wie auch dem ganzen Volke klar gemacht werden, daß der schlechte Frieden nur der früheren Regierung zu verdanken sei. Die Vertrauensleute müssen natürlich auf dem Boden der Revolution stehen. Endres (Zürh) will auch die Engländer und Franzosen „aufgeklärt“ wissen. Roth (Münch) erging sich in Anklagen gegen die Pfaffenherzschaff, die die Waffe der Donatsch gewesen sei. Auch der Redner mußte natürlich verhalten. Als der Redner angebliche Verurteilungen eines Geistlichen gegen die Revolution erwähnte, erlitten Aufstöße: „Lusthagen! Beim Aufbruch des neuen Bayern will er das alte Hans nicht abgerissen wissen, aber alle diejenigen, in deren Wern kein rotes Blut fließt, sollen hinausgeschmissen“ werden. Ein Redner namens

Renner (Reuburg) machte sich über die Bayerische Volkspartei her, die schon viele Änderungen habe, so daß Aufklärung erst recht notwendig sei. Es ist bezeichnend, daß die Idee dieser Aufklärungsarbeit allgemeine Zustimmung fand. Nur über die Taktik herrschten gewisse Meinungsverschiedenheiten. Im übrigen kann man sagen: Alle Redner erwiesen sich als Anhänger der Sozialdemokratie und Revolution, zu denen sie nicht nur alle ihre Kameraden, sondern auch das Volk und namentlich das Landvolk bekehren wollen. In der Erörterung ergaben sich auch merkwürdige Inkonsequenzen. Einer, der für die Trennung von Religion und Politik eintrat, sprach auch von Sozial und Sozialismus und von dem Bewußtsein der Geislichen, scheinbar sich aber nicht, in dem gleichen Atemzug zu proklamieren, es dürfe nicht vorkommen, daß der Mann sozialdemokratisch wähle, während Frau oder Tochter sich zu einer anderen Partei bekehme!

Aus der Rheinlands und dem Norden.

Oldenburg, 5. Dez. (—) Der Deutsche Verein für Sanitätsdienste in Oldenburg kamte am 3. Dezember auf ein 25jähriges Bestehen zurück. Durch seine Tätigkeit und Tüchtigkeit wurden in diesem großen Kriege gegen 4000 Verwundete vor dem sicheren Tode gerettet. Sein verdienstvolles Wirken läßt der Verein jetzt in erster Linie daran zu sehen, die bei der Verwundung des Vaterlandes ihr kostbares Gut, das Licht ihrer Augen, verloren haben. Ihnen gibt er in den gut abgerichteten Blindenbünden, einen zuverlässigen Führer und Helfer. Wir wünschen dem zielbewußten Verein einen weiteren glücklichen Fortgang seiner Arbeiten.

(—) Eine Erhöhung des Schulgebührens an den städtischen Mittelschulen und höheren Schulen wird angeordnet. Es ist festgestellt worden, daß die Stadtlaste ganz außerordentlich hohe Zuschüsse zu den Schullasten alljährlich zahlen muß. Dies soll geändert werden. Das Schulgeld soll nach dem Einkommen der Eltern bemessen und erhoben werden, wie es in Varel, Brate usw. schon geschieht.

(—) Oberbürgermeister Gens in Oldenburg ist auf sein Amtsjahr zur Disposition gestellt worden. Das ist zweifellos eine Folge der von den Liberalen seitens gegen Gens gerichteten Angriffe.

(—) Der liberale Kreisverein erhielt einen Sitz im Arbeiterrat.

(—) Die Rückkehr unserer Frontkämpfer stellt uns etwas auf die Geduldsprobe. Alle Mutmaßungen waren bisher verfrüht und nicht zu treffend, und wenn man glauben darf, so einzelne von der Front zurückgehende Soldaten, die unsere Gier vor einigen Tagen noch am Rhein gesehen haben wollen, sagen, so können wir diese Truppen erst in höchstens 8-10 Tagen erwarten. Gegen die Zeit ist das schöne Festgewand, das die Stadt zum Empfang der heimkehrenden Krieger angelegt hat, schon nahezu wieder verschollen. Schon jetzt ist das zum Kreuzschmuck verwandte Grün zum Teil verweltet und der übrige angebrachte Schmuck von Wind und Wetter, infolge der regnerischen Witterung schon stark beschädigt.

(—) Raabensfälle sind in der Tagesordnung. In Hatten wurde auf einen hiesigen Geschäftsmann ein Überfall verübt, doch gelang es ihm, zu entkommen. Der Todter eines hiesigen Bürgers wurde auf dem Bahnhofs eine Leiche mit 500 Mk. Inhalt geraubt.

(—) Personalien. Der Gerichtsaktuar Harns in Oldenburg ist zum Gerichtsaktuar beim Amtsgericht Oldenburg ernannt.

§ Der Arbeiter Reichshof Stolle aus Vorbeck, der vor längerer Zeit aus dem Inhaftens in Wechs entlassen war, konnte immer noch nicht wieder ergriffen werden. Allen Anstrengen nach freibt er sich in der Gegend zwischen Overien und Wardenburg in den Wäldern herum. Mehrere dort vorgekommene Einbrüche und Hinderbeispiele dürften von ihm ausgeführt sein. Vielleicht wird die Kälte des Winters ihn veranlassen, sein Versteck zu verlassen. Höchstwahrscheinlich hat er am Montagabend in der Nähe von Hatten den Raubanschlag, über den an anderer Stelle in der heutigen Nummer berichtet wird, auf einen hiesigen Geschäftsmann verübt, der mit seinem Gespann heimfuhr. Er wurde von einem Mann hinterücks angefallen und vom Wagen zu ziehen verfrüht. Glücklicherweise konnte er sich des Angreifers erwehren und entkommen.

§ Der Schwindler, der vor kurzem einem jungen Mädchen eine Leiche mit 500 Mk. raubte, nachdem er dessen Herrschaft vorgebracht hatte, ihr am Bahnhof für das Geld Zigaretten verabfolgt zu wollen, wurde entdeckt und verhaftet. Er ist ein Inhaftener, der Sohn des hiesigen Landens, der normalerweise noch andere Verbrechen begangen hat.

h. Die vermögensrechtlichen Verhandlungen zwischen dem Landesdirektorium und dem Großherzog stehen vor ihrem Abschluß. Die Grundlage für das Abkommen ist geschaffen. Es besteht Einmütigkeit darüber, daß die Kronstädter als Staatsbürger gelten und die Einnahmen hieraus der Staatskasse zufließen. Damit fallen die bisherigen Einkünfte des Großherzogs aus den Kronstädter fort. Dagegen soll dem Großherzog eine Entschädigung gezahlt werden. Von besonderer Bedeutung ist die Frage, was mit den zahlreichen Hofbeamten und Bediensteten geschehen soll. Sie sind — mit Ausnahme der ganz jungen

— mit Pensionberechtigung vom Großherzog angestellt, können daher ohne Pension nicht entlassen werden. Es besteht daher die Absicht, diese Beamten, soweit angänglich, im Staatsdienst weiter zu beschäftigen. Ein Teil bleibt in den Diensten des Großherzogs. Der Großherzog hat seine Beschäftigung beim Amte Oldenburg bereits wieder angebehen.

h. Der seit Anfang der Woche in den Schulen eingeführte Befehlsunterricht erwies sich als eine glückliche Maßnahme und soll auch in den kommenden Wochen in vollem Umfange durchgeführt werden.

h. Die Anfuhr von Ziegensteinen aus dem Münsterlande hat hier bereits begonnen. Trotz der hohen Preise und Löhne soll baldmöglichst mit dem Bau neuer Ein- und Zweifamilienwohnhäuser begonnen werden, um der Wohnungsnot zu begegnen.

¶ Varel, 3. Dez. Die Ortsgruppe des Kriegerehrnützvereins nahm in der letzten Mitgliederversammlung die Gruppenfassung zur Kenntnis. Die Gruppe Varel zählt nach dem „Gemeinnützigen“ zurzeit 700 Mitglieder mit 3455 Mk. Jahresbeitrag und 24 000 Mark Vermögen. Einmalige Zuwendungen in höheren Beträgen gaben Hans-Ludwig Werke mit 10 000 Mk. und Frieswerk mit 4000 Mk. Mit dem Scheiden des Kriegengerichtsrats Dr. Franzen hat der Verein seinen Urheber und sein tätiges Mitglied verloren; seiner Nachfolge war auch der Verlust des stellvertretenden Sachkassenverwalters Haake. Die Verammlung wählte einen geschäftsführenden Vorstand mit den Herren Krosius als Vorsitzenden, Hülsenrath als stellvertretenden Vorsitzenden, Kinkenrath als Kassierer, Poppinga als Schriftführer und Fr. Wiggel als Beisitzer. Ferner wurde ein Verwaltungsausschuß gewählt, dem Bürgermeister Olmanns, Pastor Giesfeldt, Pastor Küstermeier, Dipl.-Ing. Jams, ferner die Herren Bachmann, Sonnenmoos, Baumunternehmer Brunkan und Kaufmann Langehaken angehören. Zwei Kriegsschädigte werden noch vom Verein der Kriegsschädigten benannt werden. Der Verein ist ein Wohlfahrtsverein im besten Sinne des Wortes. Es ist Pflicht der Bürger, dem Verein beizutreten und ihn ausreichend zu unterstützen, so in es in dem Dank an diejenigen abzugeben, die sich für das Allgemeinwohl geopfert haben.

Verammlung der bürgerlichen Parteien in Delmenhorst.

(—) Delmenhorst, 3. Dezember. Eine große Volksversammlung, die von den bürgerlichen Parteien veranstaltet und von 1500 Personen besucht war, fand hier am 3. Dezember statt. Nach dem „Delm. Kreisbl.“ klang aus den Ausführungen aller Redner der ehrliche Wille und die zwingende Notwendigkeit zu einer ersten Zusammenkunft. Im Namen der freiständigen Partei sprach Hauptlehrer Blohm. Sein Thema war „Friede, Brot, Arbeit“. Besonders ging er auf die Verregulierung der Wobdenfrage ein. Privatgelehrter Sinke wies sich besonders gegen jede Diktatur und forderte die Arbeit aller zum Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes.

Vom Rath. Wahlverein sprach Lehrer Fortmann. Er führte u. a. aus: In wenigen Wochen ist die pflüchliche Wahlung gekommen, das Alte ist hinweggefegt worden. Noch sei alles unvollkommen, und Aufgabe aller sei es, an dem Neuen mitzuhelfen. Wenn unsere Feinde jetzt Schmach und Hohn über uns brüchten, so erinnere das an die Fabel, in der der Esel dem flehenden Esen nach einem Schlag verließ. Unsere Schmach und unser Elend ist groß, aber unser Mut sei nicht gebrochen. Mit Gottes Hilfe werden wir auch die schweren Zeiten überwinden. Viele Entbehrungen hätten wir im Kriege erlitten, sie aber ertragen. Jetzt, nun der Krieg halbwegs zu Ende sei, glaubten viele Leute, nun gäbe es auch Geld und Brot genug. Da sollte man sich aber nicht täuschen und nicht Forderungen stellen, die unmöglich zu erfüllen seien. Jeder solle an sich selbst denken, die Angst der Geringfügigkeit über und dann helfen, den demokratischen Staat in richtiger Weise aufzubauen. Das Zentrum habe auch feudale Anschauungen hinweggefegt und wolle als demokratische Volkspartei mitarbeiten, aber auf christlicher Grundlage, und nenne sich deshalb christliche demokratische Partei. Redner ging dann in Rütze auf das Programm der Partei ein. Eine Einheitschule wolle auch die Partei, aber auf konfessioneller Grundlage. Auch sei sagte: „Freie Wahl zum Ausschlag der Wahlen.“ Zum Schluß forderte Redner auf zum Eintritt in die Vereine und zu ehrlicher Mitarbeit an der Regeneraltung zum Wohle unseres Vaterlandes. (Zwanzig)

Nachdem Frau Lehrer Dierks im Namen der Frauenvereine gesprochen, brachte der Vorsitzende folgende Resolution ein:

Die am 3. Dezember 1918 in Sudmanns Hotel folgende Verammlung von Frauen und Männern aller bürgerlichen Parteien erklärt, daß sie auf dem Boden der demokratischen Republik steht. Sie legt im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit Verwahrung ein gegen jede Diktatur, komme sie von rechts oder links, die die Mehrzahl der Volksgenossen entredtet und unterdrückt, verlangt schnellste Einberufung der Nationalversammlung, und zwar erbeten frühere Wahlen zu dieser als am 16. Februar 1919.

Die Verammlung fordert:

- 1. daß alle Kräfte des deutschen Volkes aufgerufen werden, um die nationale Einheit zu sichern;
 - 2. raschmöglichste Wiederherstellung und Steigerung des Wirtschaftslagens, damit durch die deutsche Arbeit die deutsche Mark im Ausland wieder voll zur Geltung kommt. Es erliefte eine große Gefahr in allen vorgehenden Maßnahmen, die diesen Bestrebungen entgegenstehen;
 - 3. als einen notwendigen ersten Schritt zur Behebung der Not im Inlande so bald wie möglich eine großzügige Bodenreform in die Wege zu leiten, die Hunderttausenden Arbeitenden produktive Arbeit und unserem Volke einen erheblichen Brotzuwachs bringen würde.
- Die Ausrede war recht reger. U. a. ermahnte Herr Dams zur Einheit und betonte: Nicht herms aus der bürgerlichen Gesellschaft, sondern hinein in dieselbe. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Kurzer Wochenbericht

der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 26. Nov. bis 2. Dez. 1918.

In den Niederlanden ist auf Anordnung des Landwirtschaftsministers die Brotration auf täglich 280 Gramm erhöht worden. Wie weiterer günstiger Entwicklung der Getreideerzeugung folge die Brotration auf 311 Gramm erhöht werden.

In Rußland sind durch die Einführung des Zuckermonopols die Zuckerreste stark gestiegen. So kostet raffinierter Zucker im Durchschnitt 65 Mk. der Zentner. In England sind die Eierpreise im Kleinhandel auf 72 Pfg. und darüber gestiegen. Vom 15. November ab sind Höchstpreise festgesetzt, und zwar für frische Eier für das Stück 47 Pfg. und für Kalbeier für das Stück 38 Pfg. Die englische Regierung gab für beschlagnahmte Kartoffeln für erste Sorten 5,80 bis 6,05 Mk. für den Zentner, für zweite Sorten durchweg 2,50 Mk. weniger für den Zentner. Die Kleinbändler zahlen für erste Sorten durchweg 9,10 Mk. für den Zentner, für zweite Sorten 7,05 Mk. — In den Pariser Markthallen kosten die Spanferkel, die aus Futtermarkt nicht großgezogen werden können, 48,00—97,20 Mk. das Stück. — In Italien sind die Milchpreise auf dem Lande von 14 Pfg. für das Liter im Jahre 1914 auf 39 Pfg. im Jahre 1918 gestiegen, in der Stadt von 18 auf 52 Pfg. Der Kleinhandelspreis in den größeren Städten beträgt 80 Pfg. für das Liter.

Stimmen aus unserem Reichsteile.

(Stimme Verantwortlicher der Redaktion.)

Mancher mag gedacht haben, daß mit Friedensschluß auch die Preise für Wäsche und Bekleidungsstoffe bald sinken würden. Diese Rechnung ist aber falsch. Deutschland, das vor dem Kriege 8-9 Millionen Kgr. Baumwolle, Wolle und Seide usw. einfuhrte, hat in den Kriegsjahren seine Vorräte verbraucht. Woher sollen aber so schnell die Waren beschafft werden? In den neutralen Ländern herrscht Mangel an Rohstoffen, weshalb sie die Einfuhr verboten. Selbst in den Ententeländern sind die Vorräte zusammenerschmolzen. Es wird deshalb mindestens ein Jahr dauern, ehe die wieder in Betrieb gesetzten deutschen Spinnereien und Webereien die ersten fertigen Stücke aus den herbeigeschafften Rohstoffen abliefern können, zumal die Einfuhr zunächst Rohstoffmittel hereinbringen muß. Weiter können wir auch nicht einmal nach Belieben Rohstoffe einführen, weil wir zu ihrer Bezahlung Waren ausführen müssen. Nun hat ja die Militärverwaltung die beschlagnahmten Waren freigegeben und eine Menge Webwaren, die Kaufleute in der Schweiz aufgekauft hatten, wird zur Verfügung stehen, aber was ist das für ein 70 Millionenvork? Da der große Mangel auch bei Rußland und unseren früheren Verbündeten herrscht, so ist nicht zu erwarten, daß die Preise für Bekleidungsstoffe schon bald fallen werden. Es gibt sogar Leute, die noch von einem weiteren Steigen der Preise sprechen.

Briefkasten.

D. F. S. Wir glauben nicht, daß Sie einen solchen Anspruch haben. Reklamieren gelten immer als Stillhalten. Wir empfehlen Ihnen aber, sich brieflich beim Bezirkskommando II Oldenburg zu erkundigen.

Wetter-Aussichten.

- Unberechtigter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.
- 8. Dezember: Wolkig, vielfach Niederschlag, ziemlich neblig.
- 9. Dezember: Wenig veränderl.
- 10. Dezember: Wolkig, normal temperiert.
- 11. Dezember: Raun veränderl.
- 12. Dezember: Wolkig, teils Niederschlag. Temperatur wenig veränderl.
- 13. Dezember: Wolkig bedeckt, Niederschlag.
- 14. Dezember: Wolkig, teils heiter, um Null herum.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Redakt. Druck und Verlag: Redakt. Drucker und Verlag. G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Berleger), Wetzlar.

OSRAM AZO
Gasgefüllte Lampen bis 2000 Watt
Auergesellschaft
Berlin O 17